

Bericht

des Finanzausschusses zur Vorlage der Landesregierung (Nr. 96 der Beilagen) betreffend den Haushaltsplan (Landesvoranschlag) für das Jahr 2026 sowie ein Gesetz, mit dem der Landeshaushalt für das Haushaltsjahr 2026, die mittelfristige Orientierung der Haushaltsführung für die Jahre 2027 bis 2030 und Haftungsobergrenzen festgelegt werden (Landeshaushaltsgesetz 2026 - LHG 2026) und das Allgemeine Landeshaushaltsgesetz 2018 (ALHG 2018) geändert wird

Der Finanzausschuss und der Finanzüberwachungsausschuss haben sich in der Sitzung vom 26. November 2025 mit der Vorlage sowie dem Bericht der Landesregierung betreffend den Finanzbericht des Landes Salzburg zum 31. Oktober 2025 (Nr. 3 der Beilagen) befasst. Zur Darstellung der Abstimmung über den Finanzbericht wird auf den [Bericht Nr. 166 der Beilagen](#) verwiesen.

Klubobmann Abg. Mag. Mayer ruft die Vorlage und den Bericht zur Behandlung auf und beantragt die Einleitung der Debatte und Beschlussfassung.

Landeshauptfrau Mag. Edtstadler stellt fest, dass es sich nicht um ein schönes, wohl aber um ein ehrliches Budget handle. Dies sei ein Zitat vom viel zu früh verstorbenen Landesrat Sepp Schwaiger anlässlich der Pressekonferenz nach der Budgetklausur Anfang Oktober 2025 gewesen. Das Budget 2026 setze ganz klare Prioritäten. Es richte den Blick nicht nur auf das Hier und Heute, sondern auch auf künftige Generationen. Man wolle diesen keine Mühlsteine in Form ausufernder Schulden umhängen, sondern ein prosperierendes und zukunftsfit ausgestaltetes Salzburg hinterlassen. Die Salzburger Landesregierung bekenne sich klar zu stabilen Finanzen. Bereits vor ihrem Amtsantritt habe Salzburg einen Konsolidierungspfad eingeschlagen und Obergrenzen für die jährliche Neuverschuldung beschlossen. Dieser Weg solle bis 2030 zu einem ausgeglichenen Budget führen, ohne die Bevölkerung zu belasten. Sie bekenne sich ausdrücklich zu diesem Pfad. Bereits am kommenden Freitag habe sie die Möglichkeit, mit dem Finanzminister und den Finanzreferentinnen und -referenten der Bundesländer den neuen Stabilitätspakt zu verhandeln. Dabei werde sie die Interessen der Länder und insbesondere Salzburgs klar in den Mittelpunkt stellen und diese konsequent und beharrlich verfolgen. Der Stabilitätspakt habe die Funktion, die Staatsverschuldung im Rahmen zu halten, für stabile öffentliche Finanzen zu sorgen und die Einhaltung der Budgetregeln der Europäischen Union zu gewährleisten. Folglich reguliere der Stabilitätspakt das Verhältnis der Schulden zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Die aktuelle Fassung sei bereits 13 Jahre alt und damit weit entfernt von der politischen Realität. Längst verantworteten die Länder und Gemeinden deutlich mehr, als ihnen

tatsächlich finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt würden. Zudem hätten die Länder keine Steuerhoheit. Der Bund habe jedoch 86,4 % der Schulden verursacht. Rechne man die schwer verschuldete Bundeshauptstadt hinzu, seien es noch mehr. Die restlichen Bundesländer zusammen seien nur für rund 7 % aller Schulden verantwortlich, obwohl die Länder die kostenintensivsten und am dynamischsten wachsenden Bereiche wie Gesundheit, Bildung und Kinderbetreuung verantworteten. Daher brauche es nun eine Kursänderung, endlich faire Bedingungen und mutige Reformen. Die Länder seien nicht Reformblockierer, sondern stünden für einen vernünftigen Reformkurs. Die Erwartungshaltung an die Reformpartnerschaft zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sei hoch, die Notwendigkeit inzwischen dringend. Sie erwarte sich daher Bewegung von allen Seiten. Sie habe vorgeschlagen, die Gesundheitsagenden in die Verantwortung des Bundes zu übertragen, selbstverständlich mit einem Mitspracherecht der Länder darüber, wo es Akut- und Spitalsversorgung in den einzelnen Bezirken brauche. Im Gegenzug solle die Bildung in die Verantwortung der Länder wechseln, weil man vor Ort genau wisse, welche Ausbildung tatsächlich benötigt werde. Gleichzeitig müsse gewährleistet sein, dass die Steuern dorthin flössen, wo die jeweiligen Leistungen erbracht würden, Stichwort Finanzausgleich. Klar sei auch, dass es am Ende für die Menschen besser werden müsse. Den Menschen sei es völlig egal, in wessen Verantwortung die einzelnen Bereiche lägen, Bund, Länder oder Gemeinden. Entscheidend sei, dass mit dieser Verantwortung gut umgegangen und das Beste herausgeholt werde. Die Ausgangssituation bei ihrer Amtsübernahme als Landeshauptfrau sei herausfordernd gewesen. Für das laufende Jahr 2025 seien € 595 Mio. Neuverschuldung veranschlagt gewesen, die die Landesregierung in zwei Schritten auf unter € 400 Mio. drücken habe können. Für das Jahr 2026 sei nach den Ressortgesprächen zunächst eine Neuverschuldung von € 490 Mio. im Raum gestanden, also € 140 Mio. über der selbst gesetzten Budgetobergrenze. Im Rahmen der Budgetklausur im Oktober habe es schwierige und lange Gespräche gegeben, bei denen man das Ziel verfolgt habe, nicht mehr als € 350 Mio. Neuverschuldung für 2026 zu erreichen. Bei € 387 Mio. habe man jedoch die Verhandlungen beendet, weil weitere Streichungen zu schmerzhaft gewesen wären. Die emotionalen und heftigen Reaktionen bis hin zu den Demonstrationen am Vortag zeigten dies deutlich. Es sei ihr bewusst, dass man den Salzburgerinnen und Salzburgern mit diesem Budget viel zumute, es handle sich um ein Sparpaket. Es sei jedoch Zeit für strukturelle Änderungen und für ein Ende der Politik der Gießkanne. Genau das stehe aber nun im Zentrum der Kritik. Sie sei davon ausgegangen, die SPÖ stehe für soziale Gerechtigkeit und Fairness. Offenbar sei dies nicht der Fall, denn in der aktuellen Diskussion spielten Fakten keine Rolle. Für die derzeitige Polarisierung scheine jedes Mittel recht, sogar ein österreichweiter Demo-Aufruf einer außer Rand und Band geratenen Betriebsrätin der SALK, die erklärt habe, sie habe gerade noch verhindern können, dass „echtes Feuer, Sensen und Gartengeräte“ zum Einsatz kämen. Das könne man im O-Ton in der Sendung „Salzburg heute“ nachhören. Sie frage sich, wohin das führen solle. Zu einer Politik, die nicht die Stärke des Arguments und der Fakten, sondern die Androhung eskalierender Gewalt auf der Straße in den Mittelpunkt stelle? Das Recht zu demonstrieren sei ein Menschenrecht. Das Recht auf eine andere Meinung und deren Kundgabe gehöre untrennbar zur Demokratie. Aber das, was nun im Raum stehe, sei aus ihrer

Sicht unredlich bis inakzeptabel, weil es auf falschen Fakten beruhe. Niemand verliere die in den Interviews genannten Beträge. Der Pflegebonus sei kein Durchlaufposten und kein erworbenes Dauerrecht, sondern ein Relikt aus der Coronazeit gewesen. In dieser Zeit hätten in der Pflege ganz andere Rahmenbedingungen geherrscht. Die Beschäftigten hätten weit über ihrer Belastungsgrenze gearbeitet und täglich das Ansteckungsrisiko getragen. Damals sei der Bonus geschaffen worden, um einen kleinen Ausgleich für dieses Risiko zu bieten. Dieser Zuschlag koste das Land € 20 Mio. und erspare den Gemeinden durch dessen Wegfall € 9 Mio. Er sei damals zu Recht gewährt worden, weil die Rahmenbedingungen entsprechend schlecht gewesen seien. Seither habe sich jedoch einiges getan. Die Wertschätzung sei gestiegen, der Pflegebonus sei durch Maßnahmen wie Pflegeplattform 1 und 2 ersetzt worden, wodurch die Rahmenbedingungen verbessert worden seien. Vom Bund erhalte man jährlich rund € 70 Mio. aus dem Pflegefonds, während man € 300 Mio. für die Pflege ausbebe. Wer anderes behaupte, sage nicht die Wahrheit. Andere Erzählungen, die offenbar viele Menschen zum Mitdemonstrieren animiert hätten, seien falsch und von der Arbeiterkammer bewusst österreichweit gestreut worden. Fakt sei, dass in den letzten drei Jahren die Einkommen in der Pflege in der SALK um € 30 Mio. gestiegen seien. Zudem seien Schicht- und Wechseldienste in die Betriebsvereinbarungen aufgenommen und rund 30 zusätzliche Personen eingestellt worden, um die Belastung des Pflegepersonals besser zu verteilen. Fakt sei auch, dass Pflegepersonal in Oberösterreich mit Pflegebonus immer noch weniger verdiene als Pflegepersonal in Salzburg ohne Pflegebonus. Sie weise darauf hin, dass in Salzburg weiterhin Nachbesetzungen im Pflegebereich stattfänden. Es gebe dort keine Einsparungen. Nebenbei bemerkt seien auch die Gehälter von Ärztinnen und Ärzten in der SALK in den letzten Jahren um rund € 25 Mio. gestiegen. Das seien die Fakten. Sie wisse aber, dass sie in der aufgeheizten Situation damit schwer durchdringe. Dennoch wolle sie es versuchen. Es gebe keine soziale Kälte, sondern im Gegenteil höchste Wertschätzung für die Pflegeberufe. Man wisse, dass jeder von heute auf morgen pflegebedürftig werden könne, sei es durch Krankheit oder Unfall. Ebenso wisse man, wie wichtig die heilende Hand des Arztes und die helfende, tröstende Hand der Pflegerinnen und Pfleger sei. Daher wolle sie sich auf jene konzentrieren, die wirklich Unterstützung bräuchten und keine Lobby hätten, auf jene, die an den Betten der Pflegeheime in den Gemeinden stünden und mangels Erfüllung von Formalkriterien vielleicht nie einen Pflegebonus erhalten hätten, auf jene, die ihn zwar erhalten hätten, aber aufgrund von Sorgepflichten und Teilzeitarbeit nur zur Hälfte sowie auf alleinerziehende Mütter. Auf diese Gruppen wolle man sich beschränken und konzentrieren, um treffsicher, sozial gerecht und unterstützend einzugreifen. Dazu arbeite man aktuell beispielsweise gemeinsam mit den Gemeinden an einem Gemeindepaket. Ein derartiges Paket habe sie gemeinsam mit Landeshauptfrau-Stellvertreterin Svazek BA und dem verstorbenen Landesrat DI Dr. Schwaiger bereits am 14. Oktober dem Präsidenten des Gemeindeverbandes in Aussicht gestellt. Es sei nicht einfach, hier treffsicher vorzugehen, und das werde auch noch nicht am 1. Jänner 2026 umgesetzt sein können. Weiters sollten Rahmenbedingungen für einen Kollektivvertrag für jene Menschen geschaffen werden, die am Bett in den Pflegeheimen der Gemeinden arbeiteten. Hier gebe es noch viel zu tun, diese Verantwortung wolle man wahrnehmen, aber

Unterstützung müsse treffsicher sein. Wenn jemand den Pflegebonus erhalte, der nicht am Bett stehe, und eine andere Person ihn nicht bekomme, obwohl sie am Bett stehe, sei das nicht sozial, nicht fair und somit nicht gerechtfertigt. Ein Sparpaket sei nicht erfreulich und erfülle keinen Selbstzweck. Dem Begriff Sparen sei immanent, dass niemand mehr bekomme. Das bedeute gegenwärtig auch, dass die Gehälter der Ärztinnen und Ärzte nicht erhöht werden könnten, obwohl darüber bereits verhandelt worden sei. Es könne derzeit für niemanden mehr geben, denn man müsse sparen. Sie habe in den letzten Wochen oft Vorschläge gehört, wo man besser sparen könne als dort, wo aktuell gespart werde. Der Sukkus sei stets derselbe gewesen: Hauptsache nicht im eigenen Bereich. Das Motto „Heiliger Florian, verschone mein Haus, zünde ein anderes an“ könne jedoch nicht die Lösung sein. Man könne der Regierung nicht unterstellen, sie habe sich die Entscheidungen über Einsparungen leicht gemacht. Es sei harte Arbeit mit schwierigen Diskussionen gewesen. Es sei die Aufgabe der Regierung, alle Bereiche im Blick zu behalten und dennoch weiter zu sparen. Selbst wenn es gelinge, am Freitag einen Stabilitätspakt mit dem Finanzminister abzuschließen und eine Schuldenquote von 25 % für die Länder festzulegen, ergebe sich daraus immer noch die Notwendigkeit, im Budget 2026 weitere € 30 bis € 55 Mio. einzusparen. Man müsse dann bei etwa € 330 Mio. Neuverschuldung landen und nicht bei € 350 Mio. oder wie derzeit € 385 Mio. Die Salzburger Landesregierung bekenne sich auch dazu, das Budget ausgabenseitig zu sanieren. Das heißt, man wolle keine neuen Steuern, und auch keine Erhöhung bestehender Belastungen, Stichwort Grundsteuer, für die Bürgerinnen und Bürger. Darin unterscheide man sich von der SPÖ. Sie lehne es ausdrücklich ab, überhaupt über die Erhöhung der Einnahmen zu diskutieren. Österreich habe die zweithöchsten Einnahmen in Europa und produziere dennoch das vierthöchste Defizit. Es liege auf der Hand, dass man eine Trendwende einleiten müsse. Die Staatseinnahmen seien um 4,9 % auf fast € 250 Mrd. gestiegen, die Ausgaben jedoch um 8,8 % auf mehr als € 271 Mrd. Man habe ein Defizit von 4,9 % gemeldet. Eigentlich hätte man bei 4,5 % landen sollen. All dies schade der Wirtschaft. Hohe Energiekosten, hohe Lohnabschlüsse und viel Bürokratie erschwerten das Wirtschaften und den Verbleib von Unternehmen im Land. Absiedelungen seien Realität. Gleichzeitig seien es Wirtschaft und Industrie, die Wachstum generierten, Steuern einbrächten und den Wohlstand sicherten. Auf Dauer könne man so nicht weitermachen. Die Demonstrationen und Kundgebungen hätten sie beschäftigt, sie habe sich das zu Herzen genommen und verstehe die Emotionen. Gleichwohl werde es noch mehr Einschnitte in vielen Bereichen geben müssen, wenn man Kindern und Enkelkindern Freiräume im Budget hinterlassen wolle und sie nicht vom Schuldendienst erdrückt werden sollten. Freie Budgetspitzen für die nächsten Generationen, Wohlstand für Kinder und Enkelkinder und ein wirtschaftlich erfolgreiches Bundesland, in das auch künftig gerne investiert werde, seien das Ziel. Landeshauptfrau Mag. Edtstadler skizziert sodann weitere Sparmaßnahmen des Landesvoranschlages. So werde der Gehaltsabschluss auf Bundesebene für die Landesbediensteten übernommen, wodurch die Bediensteten einen wertvollen Beitrag zur Konsolidierung leisteten. Im Schnitt stiegen die Gehälter in den nächsten Jahren um 1,5 % und nicht, wie ursprünglich vereinbart, um 0,3 % über der derzeit hohen Inflationsrate. Die Einkommen der Politikerinnen und Politiker stiegen hingegen nicht. Man habe sich eine Nulllohnrunde

verordnet. Das betreffe nicht nur die Regierungsmitglieder, sondern auch alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die Landtagsabgeordneten, den Präsidenten der Landwirtschaftskammer und den Direktor des Landesrechnungshofes. Sie verweise darauf, dass es zum zweiten Mal keine Valorisierung der Klub- und Parteiförderung gebe. Weitere Einsparungen ergäben sich beispielsweise durch eine bloße Instandsetzung beim Domquartier, was allein 2026 € 6 Mio. spare. Weitere Bauprojekte, etwa das Belvedere oder die Sanierung und der Ausbau der Festspielhäuser, würden laufend auf Effizienz und unbedingte Notwendigkeit überprüft. Die Beiträge aus den Landesbeteiligungen brächten dem Budget Einnahmen. Im nächsten Jahr sollten es rund € 16 Mio. sein. Dieses Geld werde wieder für die Salzburgerinnen und Salzburger eingesetzt. Durch die Veräußerung nicht zwingend benötigter Landesliegenschaften sollten zusätzlich Einnahmen erzielt werden. Man werde dabei sehr sorgsam mit dem Eigentum der Salzburgerinnen und Salzburger umgehen. Die ohnehin nicht üppigen Werbeausgaben des Landes würden weiter reduziert. Die Nichtumsetzung baulicher Maßnahmen im Gesundheitsbereich sei ein weiterer Einsparungsposten mit rund € 15 Mio. Hierbei werde jedoch umsichtig darauf geachtet, dass es zu keinerlei Einschränkung der Leistungen komme. Man sei sich dessen bewusst, dass jede nicht getätigte Investition allerdings auch fehlende Aufträge für Unternehmen, Risiken von Insolvenzen und potentielle Arbeitsplatzverluste bedeute. Dennoch müsse man diese Schritte setzen, um das Budget ins Lot zu bringen. Eingespart werde auch bei der Energieförderung, wo vor allem Doppelgleisigkeiten beseitigt werden sollten, mit einem Einsparvolumen von rund € 500.000,--. Durch den gezielten Einsatz Künstlicher Intelligenz solle die Landesverwaltung effizienter werden, was Freiräume im Personalbereich schaffe. An großen Infrastrukturvorhaben wolle man jedenfalls festhalten, beispielsweise am raschen Wiederaufbau der Pinzgauer Lokalbahn, während einzelne kleinere Sanierungsarbeiten im Verkehrsbereich verschoben werden müssten. Dabei habe man stets die notwendige Verkehrssicherheit im Blick, gleichwohl spare man allein im nächsten Jahr zwischen € 4 Mio. und € 5 Mio. All diese Sparmaßnahmen seien unpopulär. Alles, was eingespart werden müsse, fehle irgendjemandem. Es sei jedoch die Zeit gekommen, unpopuläre Schritte zu setzen. Sie sei lange genug in der Politik, um zu wissen, dass es unmöglich sei, es allen recht zu machen. Ihr Ziel sei nicht, von allen geliebt zu werden, sondern das Land in schwierigen Zeiten mit sicherer Hand und Klarheit zu führen. Dafür brauche es Mut und Kraft. Sie stimme dem Bundespräsidenten zu, der in seiner Rede am 26. Oktober gesagt habe, dass es notwendig sei, unpopuläre Entscheidungen zu treffen und durchzuhalten. Am Ende solle es sich für alle und für die nächsten Generationen auszahlen. Zum Mut gehöre auch, Dinge in aller Klarheit auszusprechen. Zusätzliche Einnahmen seien vom Bund als ausschließliche Bundesabgaben oder Abgaben der Sozialversicherung formuliert und ohne Zustimmung der Länder eingehoben worden, etwa die CO₂-Abgabe, der Stabilitäts-Sonderbeitrag, die Energiekrisenabgabe, die Glücksspielabgabe oder die Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge. Zudem seien bundeseitig zusätzliche Ausgaben beschlossen worden, die von Gemeinden und Ländern mitfinanziert werden müssten, etwa die Umsatzsteuerbefreiung für Frauenhygiene und Verhütungsmittel. Sie stehe zwar ausdrücklich zu dieser Maßnahme, dennoch müsse klar sein, dass dies finanziert werden müsse. Gleiches gelte für die Erhöhung des Pendlereuros,

die steuerfreie Mitarbeiterprämie und die Erhöhung der Basispauschalierung inklusive Vorsteuer. All das sei wichtig, müsse aber von jemandem bezahlt werden. Sie betone erneut, dass es ihr ein ehrliches Anliegen sei, der nächsten Generation keinen Schuldenberg zu hinterlassen, sondern Freiräume und Möglichkeiten zu schaffen. Das schulde man den Kindern und Enkelkindern, das sei unter anderem ein Grund für ihr politisches Engagement. Mit dem vorliegenden Budget habe man das Ziel jedoch noch nicht erreicht. Daher würden weitere Schritte gesetzt. Anfang Jänner sei eine Arbeitsklausur der Landesregierung geplant, in der Schwerpunkte im Bereich Finanzen gesetzt würden. Ausgehend von den bis dahin hoffentlich abgeschlossenen Stabilitätspaktverhandlungen wolle man den Fokus auf das Förderregime sowie auf strukturelle Bereiche bei Lohnkosten und Personal richten. Gleich darauf werde die Taskforce Deregulierung tagen, von der sie sich konkrete Schritte zur Entlastung der Salzburgerinnen und Salzburger sowie der Unternehmerinnen und Unternehmer erwarte. Man müsse wettbewerbsfähig bleiben bzw. wiedererlangen, damit der Standort Salzburg attraktiv sei. Dabei gehe es, Stichwort Energiekosten, auch um die Lohnstückkosten, die schlicht zu hoch seien. Man werde das Ziel aber nur erreichen, wenn man Maßnahmen setze, die auch einschneidend seien. Landeshauptfrau Mag. Edtstadler appelliert, positiv und mit Zuversicht in die Zukunft zu blicken und sich nicht von Neid und Missgunst leiten zu lassen. Man brauche diesen Mut und diese Zuversicht. Salzburg sei das schönste Bundesland Österreichs. Man lebe an einem Ort, an dem man in Frieden leben könne, was in Zeiten wie diesen keine Selbstverständlichkeit sei. Man solle den inneren Frieden und den sozialen Zusammenhalt nicht durch unsachgemäße Zuspitzung gefährden, sondern die Dinge beim Namen nennen, den Fakten ins Auge sehen und gemeinsam einen Weg finden. Dies werde angesichts der Zahlen schwer genug werden. Die Herausforderungen seien riesig. Sie sei aber eine unverbesserliche Optimistin und wisse, dass man gemeinsam einen Weg finden könne. Sie bedanke sich an dieser Stelle bei allen Regierungsmitgliedern, an vorderster Front bei Landeshauptfrau-Stellvertreterin Svazek BA, für konstruktive Verhandlungen auf Augenhöhe. Ihr Dank gelte außerdem der Finanzabteilung für die Unterstützung und Geduld, auch ihr gegenüber, als sie rasch einspringen und schnell lernen habe müssen, sowie für die Mitarbeit an der Erstellung des Budgets. Man habe ein ehrliches Budget für die Salzburgerinnen und Salzburger vorgelegt. Es sei kein schönes Budget, werde aber für die Zukunft Freiräume verschaffen.

Landeshauptfrau-Stellvertreterin Svazek BA erklärt, sie habe den heutigen Budgetausschuss und die Budgetdebatte herbeigesehnt, um zahlreiche Unrichtigkeiten richtigzustellen. Es sei nun an der Zeit, sich gegen Behauptungen und Unterstellungen der vergangenen Wochen zu wehren. Zunächst gelte aber ihr großer Dank den Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleitern sowie den Referatsleiterinnen und Referatsleitern. Alle hätten sich große Mühe gegeben, mitgearbeitet und diesen Weg mitgetragen. Auch sie seien betroffen von medialen Falschbehauptungen und Angriffen. Die Politik halte diese Angriffe aus, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung hätten das jedoch nicht verdient. Sie danke auch der Finanzabteilung für die gute Zusammenarbeit. Nicht zuletzt danke sie auch dem Koalitionspartner, dass man in diesen schwierigen Zeiten Entscheidungen gemeinsam getroffen

habe und dazu stehe. Dies sei professionell. Professionalität bedeute auch, die Nerven zu bewahren, wenn der Sturm besonders heftig sei. Dieser Sturm sei in den letzten Monaten besonders heftig gewesen, insbesondere durch den Verlust von Landesrat DI Dr. Schwaiger. Seit zweieinhalb Jahren trage man nun die Verantwortung in diesem Land. Diese Zeit sei davon geprägt gewesen, dass allen Entscheidungen die Ordnung der Finanzen zugrunde gelegt worden sei. Für die eigenen Ressorts könne sie in Anspruch nehmen, dass seit zweieinhalb Jahren sämtliche Förderungen durchforstet, alle Ausgaben auf ihre Wirkung geprüft würden und man dort streiche, wo es keinen Mehrwert gebe. Es werde nur dort investiert, wo Ziel und Wirkung übereinstimmten und Investitionen Sinn machten. Man bringe Gesetze auf den Weg, die den effizienten Einsatz von Steuergeldern sicherstellen sollten. Man dereguliere und verhindere zusätzliche, unnötige Regelungen, die die Wirtschaft blockierten. Man ermögliche und vereinfache. All das tue man seit zweieinhalb Jahren. Fakt sei aber, dass man dauerhaft nicht mehr finanzieren und ausgeben könne, als am Ende des Tages im Budget vorhanden sei. Dadurch könne man nicht nur Vorbild sein, sondern auch ein Signal in Richtung Wirtschaft setzen, die weiterhin strauchle und immer noch keine spürbaren Entlastungen und positiven Zukunftssignale erhalte. Das sei nicht ideologisch, nicht bequem, nicht populär, aber notwendig in Zeiten wie diesen. Die wirtschaftliche Realität sei, dass man sich in einem strukturellen Winter befinde. Es handle sich nicht um eine kurze Flaute mit einer anschließenden Sonnenscheinphase. De facto befinde man sich im vierten Jahr einer wirtschaftlichen Rezession. Aktuell wachse die Wirtschaft kaum, die Zinslast werde immer größer. Je mehr Schulden sich anhäuferten, desto größer werde die Zinsbelastung. Das Rating drohe auf allen Ebenen zu sinken und die Ausgaben des Staates wüchsen schneller als dessen Einnahmen. Es seien nun Maßnahmen zu treffen, damit die Wirtschaftsleistung wieder steige und man jene Schulden abbauen könne, die man derzeit machen müsse. Besonders bemerkenswert sei, wer diese Situation verursacht habe, nämlich eine Bundesregierung, in der jene Partei den Finanzminister stelle, die in Salzburg die sozialdemokratische Opposition sei. Genau diese Bundesregierung habe zugelassen, dass man in ein EU-Budgetdefizitverfahren rutsche und fremdbestimmt werde. Nun verhandle der sozialdemokratische Finanzminister den Stabilitätspakt, der die Länder binde und ihnen Obergrenzen für Schulden setze. Anstatt Lösungen zu liefern, tauche der Finanzminister bei der Landeshauptleutekonferenz zu einem Abendessen auf und verlasse die Landeshauptleute anschließend wieder, anstatt mit ihnen ernsthaft zu diskutieren, wie es im Land weitergehen solle. Offenkundig hätten die Landeshauptleute dieser Republik momentan mehr Interesse daran, das Schiff wieder auf Kurs zu bringen, als der zuständige Finanzminister, der sich aktuell darüber freue, Vermögens- und Erbschaftssteuern auf den Weg bringen zu können. Das sei der wirtschaftspolitische Plan der Sozialdemokratie, die heute auf der Oppositionsbank sitze und das beklage, was der eigene Finanzminister verbockt habe. Man müsse sparen, nicht weil man wolle, sondern weil man müsse - zudem unter Regeln, die andere für einen beschlossen hätten. Landeshauptfrau-Stellvertreterin Svazek BA betont, dass Verantwortung bedeute, Entscheidungen zu treffen und dies nicht anderen zu überlassen. Das heiße auch, Ausgaben zurückzufahren. Wer glaube, niemand werde jemals spüren, worüber man seit Jahren rede, verkenne die Realität. Seit mehr als zweieinhalb

Jahren ordne man die Finanzen und spare. Seit mehr als zweieinhalb Jahren sei in allen Medien zu lesen, dass sich die Finanzen nicht ausgingen, weder mit der Wirtschaftsleistung noch auf der Ausgabenseite, obwohl der Staat genügend einnehme. Wer glaube, dass dies nicht irgendwann spürbar werde, lebe nicht in der politischen Realität. Wenn die Opposition nun davon spreche, große Investitionen zu stoppen, sei dies unrealistisch, da Verträge unterschrieben und Gelder gebunden seien. Zur Realität gehöre auch, dass viele Projekte in Zeiten beschlossen worden seien, in denen SPÖ und GRÜNE Verantwortung getragen hätten. Zu den vielen Kulturprojekten, die die Sozialdemokratie aktuell in sozialen Medien kritisiere, frage sie, wie die Sozialdemokratie in der Stadt Salzburg bei jenen Projekten abgestimmt habe, die sie heute auf Landesebene einsparen wolle. Die meisten dieser Projekte würden von Stadt und Land gemeinsam getragen. Die Sozialdemokratie habe also mitbeschlossen, was heute kritisiert werde. Beim Thema Antheringer Au sei das Engagement der SPÖ gleich Null gewesen. Nun jedoch, nachdem das Geld seit Jahren bezahlt sei, argumentiere man, dass man dort einsparen könne. Behauptungen darüber, wo überall eingespart werden könne, stimmten mit der politischen Realität nicht überein. Solche Aussagen hielten einem Faktencheck nicht stand und das meiste davon hätten SPÖ und GRÜNE mitbeschlossen. Man zahle jetzt gemeinsam für das, was die Opposition mitbeschlossen habe. Das Bild, das die Opposition zeichne, sei möglicherweise deren Realität, aber nicht die tatsächliche Lage. Wenn sie im ORF zum Landeshaushalt lese, die Regierung finde den Landeshaushalt ziemlich gut, frage sie sich, wer in der Salzburger Landesregierung jemals behauptet habe, man finde dieses Budget ziemlich gut. Es mache niemandem Spaß einzusparen. Dies sei aber Teil der Verantwortung. Auch die Behauptung, man habe sich ausschließlich die sensibelsten Bereiche ausgesucht, entspreche nicht der Realität. Die Wahrheit sei simpel: Man spare nicht in einem einzelnen Bereich, sondern überall. Wenn Journalistinnen und Journalisten fragten, ob es nicht lächerlich sei, ein bis zwei Mio. Euro einzusparen, wenn das Gesamtbudget über vier Mrd. Euro betrage, dann frage sie sich, wann in diesem Land Haus- und Sachverstand abhandengekommen seien. Natürlich lasse sich in kleinen Budgetposten nur wenig einsparen. Erkläre man jedoch jeden geringen Betrag von vornherein für unbedeutend, komme man nie zu einem vernünftigen Budget. Sparen funktioniere nur, wenn alle bereit seien, es zu tun, unabhängig von der Größe des eigenen Verantwortungsbereiches. Dass auch emotional betroffene Bereiche betroffen seien, zeige nicht die Bosheit der Landesregierung, sondern die Dramatik der Lage. Hätte man dieselben € 30 Mio. vom Pflegebonus über das Ärztepaket in einem anderen Bereich einsparen können, hätte man das getan. € 30 Mio. seien ein erheblicher Betrag. Jedes Ressort habe seinen Beitrag geleistet, auch bei kleineren Budgetposten. Wer behaupte, man könne gesellschaftlich sensible Bereiche aussparen, erzähle den Menschen Märchen und rechne parteipolitisch, aber nicht verantwortungsvoll. Ein Sparbudget bedeute, dass niemand mehr bekomme. Sparen sei kein Abriss, sondern eine Steuerung, damit man sich die hohen Standards leisten und weiter halten könne. Es sei verständlich, dass die Bereiche Pflege und Kinderbetreuung besonders emotional diskutiert würden. Sie verstehe auch jede Person, die auf die Straße gegangen sei und ihren Unmut geäußert habe. Es sei legitim, seinen Unmut kundzutun. Das komme natürlich bei der Regierung an und beeindrucke die

Verantwortlichen. Zu verurteilen seien jedoch unredliche Falschbehauptungen seitens der Gewerkschaft. Höre man die Interviews mancher Demonstrierender, sehe man, wie weit die sozialistische Propaganda inzwischen gehe und was man die Leute glauben mache. Es mache ihr Angst, wenn behauptet werde, die Landeshauptfrau und Mitglieder der Landesregierung verdienten das Zwanzigfache einer Pflegekraft. Das sei grober Unfug und falsch. Man investiere in die Pflege mehr als € 300 Mio. Die Kosten stiegen jährlich. Die Bundesmittel, etwas über € 70 Mio., seien zweckgebunden. Die Mittel aus dem Pflegefonds flössen eins zu eins in die Pflege. Es sei falsch zu behaupten, damit würden Budgetlöcher gestopft. Wer behaupte, das Geld flösse nicht in die Pflege, widerspreche nicht FPÖ oder ÖVP, sondern dem Gesetz. Den GRÜNEN könne sie in Bezug auf die diesbezüglich begehrte Prüfung durch den Landesrechnungshof sagen, dass das wahrscheinlich rasch geprüft werden könne. Dieses Prüfungsbegehren sei umso bemerkenswerter, als die GRÜNEN vor nicht allzu langer Zeit weitgehend für diesen Bereich zuständig gewesen seien. Den Pflegefonds habe es auch damals schon gegeben. Es genüge ein Blick ins Gesetz, um festzustellen, wofür der Pflegefonds bestimmt sei. Das Geld könne gar nicht anders verwendet werden, da es für die Pflege zweckgewidmet sei. Das Geld werde daher auch genau dort eingesetzt, in den Einrichtungen und in der Pflege. Auf Social Media werde auf die Frage, warum vom Bund nicht eine Zweckwidmung des Pflegebonus beschlossen werde, von der SPÖ so getan, als könne dies nicht gemacht werden, weil der Pflegebonus aus dem Gesundheitsbudget komme und somit die Länder zuständig seien. Die SPÖ scheine sich selbst nicht mehr auszukennen. Es stimme im Übrigen auch nicht, dass 15.000 Menschen von der Streichung betroffen seien. Eine Pflegekraft habe sie direkt angesprochen und ihre Angst geäußert, dass die aktuellen Einsparungen nur der erste Schritt gewesen seien. Wenn man sich das gefallen lasse, werde die Landesregierung noch viel mehr nehmen. Sie frage sich, für wie naiv man die Regierung halte, wenn man ihr so eine Vorgangsweise unterstelle. Es sei ganz im Gegenteil so, dass man diese Maßnahmen jetzt setze, um die hohen Standards und die Rahmenbedingungen in der Pflege aufrechtzuerhalten. Sobald man wieder Spielraum habe, werde man Gelder fair verteilen und Priorität auf diesen Bereich legen. Man handle nicht aus Jux und Tollerei, sondern um Qualität und Rahmenbedingungen zu halten. Dennoch erzähle die Gewerkschaft den Menschen in verantwortungsloser Weise, dass weitere Schritte folgen würden. Wenn Menschen derart beeinflusst würden, sei ein Hochgehen der Emotionen verständlich. Mit der Strategie der Landesregierung habe die Pflege mehr Perspektive als mit den aus ihrer Sicht täglich verbreiteten Gewerkschaftslügen. Man habe hohe Standards und hohe Qualität. Genau das wolle man aufrechterhalten. Ähnlich sei es im Bereich der Kinderbetreuung. Mittlerweise koste ein Platz für ein Kind unter drei Jahren die öffentliche Hand im Monat € 1.300,- ohne Elternbeiträge. Diese kämen noch dazu. Wer fordere, man müsse mehr investieren, müsse auch sagen, wo gespart oder Qualität reduziert werden solle. Die Landesregierung wolle das nicht. Landeshauptfrau-Stellvertreterin Svazek BA betont, dass es ihr am liebsten wäre, wenn man den Familien das Geld direkt geben könnte, damit diese selbst entscheiden könnten, ob sie ihre Kinder unter drei Jahren selbst betreuten oder Fremdbetreuung in Anspruch nehmen wollten. Das gehe sich derzeit politisch nicht aus, denn Politik sei auch Mehrheitsrealität. Gleichwohl wolle man die Kinderbetreuung

weiter ausbauen und Rahmenbedingungen sowie Qualität in den Betreuungseinrichtungen hochhalten. Zum Elternbeitragsersatz erläutert sie, dass dieser nun wieder auf den ursprünglichen Betrag von € 100,-- gesenkt werde. Dazu müsse man sich vor Augen halten, dass vor Einführung der Beitragsfreiheit für den halbtägigen Besuch des Kindergartens die Gemeinden zwischen € 50,-- und € 80,-- von den Eltern hierfür eingehoben hätten. Die Gemeinden seien hier somit sozusagen im Plus gewesen. Sie selbst wisse als Vizebürgermeisterin um die Herausforderungen in den Gemeinden, dennoch werde es sich irgendwann nicht mehr ausgehen. Wenn man höchste Qualität wolle und höchste Ansprüche habe, könne nicht zugleich alles vollständig gratis sein. Sie sei überzeugt, dass bei Abschaffung des Elternbeitragsersatzes keine Gemeinde € 100,-- von den Eltern verlangen würde. Die Landesregierung werde selbstverständlich über jeden Bereich, in dem finanzieller Spielraum bestehe, diskutieren und entscheiden, wie es weitergehe. Zu verweisen sei auch darauf, dass es einige Gemeinden gebe, die zwar über die Finanzen klagten, zugleich aber alles gratis anböten. Teilweise sei dort der gesamte Kindergartenbesuch gratis, teils handle es sich um Ausgleichsgemeinden. Das habe aus ihrer Sicht wenig mit einem verantwortungsvollen Umgang mit Budgets zu tun. Die Unterstellung, man handle aus ideologischen Gründen, um keine Betreuungsplätze mehr zu schaffen, sei falsch. In den letzten zweieinhalb Jahren seien so viele Betreuungsplätze für unter Dreijährige geschaffen worden wie nie zuvor. Die entsprechenden Budgets seien daher ständig im Steigen begriffen. Betreuung sei extrem kostenintensiv und man müsse sich das leisten können. Sie glaube, dass es den Eltern etwas wert sei, dass ihre Kinder mit hoher Qualität gut aufgehoben seien und Pädagoginnen sowie Mitarbeiterinnen großartige Arbeit leisteten. Mit dem kommenden Budget stelle man zudem das System der Tageseltern um, damit diese Betreuungsform erhalten bleibe, die besonders essenziell für die Stadt Salzburg sei. Was in den letzten Jahren in der Kinderbetreuung geschehen sei und welche Auslagerungen an private Vereine stattgefunden hätten, müsse nun der Bürgermeister der Stadt ausbaden. Sie sei bereit, dem Bürgermeister zu helfen. Es sei dennoch die Verantwortung der SPÖ, die jetzt kritisiere, was sie mitgetragen habe. Sie sei dankbar, dass der Bürgermeister konstruktiver agiere als der AK-Präsident und dass der Gemeindeverband hinter der Neuordnung stehe. Würde man die Tageseltern im Stich lassen, wären über 500 Kinder unbetreut und das Tageselternzentrum müsste im nächsten Jahr Konkurs anmelden. Zum Glück sei die aktuelle Regierung am Ruder. Die Zeiten hätten sich geändert, Ideologie stehe nicht vor Sachpolitik. Zur Frage der Bundesmittel im Kinderbetreuungsbereich sei viel Unrichtiges verbreitet worden. 15a-Verbindungen würden häufig als Allheilmittel genannt, in Wahrheit seien sie jedoch auf Wiener Verhältnisse ausgerichtet und nicht auf das Salzburger Qualitätsniveau. Gemeinden könnten diese Förderungen abrufen, die sie im Land Salzburg einmelden müssten. Land und Gemeinden müssten dann kofinanzieren. Das sei die Grundlage. Wenn getitelt werde, das Land lasse Millionen in der Kinderbetreuung liegen, sei das eine krasse Lüge. Die Gemeinden meldeten nicht aus ideologischen Projekten nicht für Förderungen ein, sondern wegen der damit verbundenen Kompliziertheit. Sowohl Bürgermeisterinnen und Bürgermeister als auch Rechtsträger erklärten ihr immer wieder, dass sie aufgrund der Komplexität des Verfahrens keinen Antrag stellten. Hinzu komme, dass in Salzburg die Standards so hoch seien,

dass man ohnehin keine Förderungen bekomme. Die Gemeinden oder das Land vernachlässigten daher nicht ihre Verantwortung in diesem Bereich, sondern es seien die Rahmenbedingungen für diese Förderungen einfach so, dass man nichts davon habe. Der Salzburger Personalschlüssel in der Kinderbildung und -betreuung sei der höchste in Österreich und die Qualität in den Einrichtungen die beste. Salzburg liege vielfach bereits weit über den Standards, sodass man mit diesen Förderungen gar nicht weiter gehen könne. Dort, wo man die Förderungen nutzen könne, insbesondere bei der Sprachförderung, würden sie auch abgeholt. Die Opposition scheine auch vergessen zu haben, dass sie vor nicht allzu langer Zeit für diesen Bereich in der Landesregierung mitverantwortlich gewesen sei. Hohe Qualität und gute Rahmenbedingungen müssten einem etwas wert sein, weswegen aus Sicht der Freiheitlichen nicht alles immer gratis sein könne. Der Staat werde sich dies irgendwann nämlich nicht mehr leisten können. Im Bereich Grundversorgung und Integration habe man seit zweieinhalb Jahren Ordnung geschaffen, Förderungen durchforstet und Doppelgleisigkeiten beendet. Man habe sich auf jene Förderungen konzentriert, die nachweislich Wirkung erzielten. Integration sei aus ihrer Sicht aber nicht unverbindliches Fördern, sondern klares Fordern, insbesondere im Hinblick auf das Erlernen der deutschen Sprache. Mit dem Österreichischen Integrationsfonds habe man eine neue Zusammenarbeit etabliert. Durch abgestimmte Standards und klare Steuerung sei das Integrationsniveau in Salzburg gestiegen. Man sei derzeit bei der Finalisierung des ersten Salzburger Integrationsleitbilds, welches klar regeln werde, wofür Integration gedacht sei und wofür nicht. Salzburg gehöre mittlerweile zu den konsequentesten Bundesländern, wenn es darum gehe, Leistungen zu streichen, wenn jemand Deutschkurse verweigere oder integrationsrelevante Pflichten nicht einhalte. Das sei richtig und gut und auch das spare Steuergeld. Aufgrund der Budgetlage im kommenden Jahr werde man die Quartierplätze für Asylwerber reduzieren. Die Rechnung sei einfach: Weniger Quartiere bedeuteten geringere Attraktivität, weniger Zugang und geringere Kosten für Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Landeshauptfrau-Stellvertreterin Svazek BA betont, dass sie ihre Verantwortung zuerst im Interesse der Salzburgerinnen und Salzburger sehe. Wenn die Stadt Wien einen anderen Weg gehen und Spitzenreiter in der Ausgabenstatistik bleiben wolle, sei das deren Entscheidung. Dies sei jedoch nicht der Salzburger Weg. Seit zweieinhalb Jahren versuche man, in allen Bereichen kosteneffizient und fair zu agieren. Die kritisierte Bezahlkarte funktioniere sehr gut und alle, die mit dem System arbeiteten, attestierten, dass man den richtigen Weg gegangen sei. Man habe geringeren Verwaltungsaufwand und die Anwendung sei einfach. Wenn die Opposition gegen alles sei, was Steuergeld spare, sei zu fragen, wo ihre Vorschläge seien, wie man sparen oder vereinfachen könne. Sie widerspreche dem Vorwurf, im Sozialbudget werde ein schwarz-blauer Kahlschlag betrieben. Teilhabe und Inklusion blieben weiterhin gesichert und es gebe keine Kürzungen bei Selbstbestimmung, Assistenz oder Betreuungsleistungen. Der Gehaltsabschluss des Bundes werde übernommen. Sachkosten würden über der erwarteten Inflationsrate erhöht, um ordentlich arbeiten und planen zu können. Die Versorgungslücken, die Landesräte der vergangenen Gesetzgebungsperioden hinterlassen hätten, werde Schritt für Schritt geschlossen. Beispielhaft seien hier unter anderem neu geschaffene Plätze im Haus der Generationen zu nennen sowie die geplante Einrichtung

eines nachsorgenden Angebotes für junge Frauen mit Bulimie und Anorexie. Auch bei den Seniorenwohnheimen finde eine konstruktive Zusammenarbeit mit den Trägerorganisationen statt. Bis Mitte 2026 wolle man hierzu langfristige partnerschaftliche Lösungen erarbeitet haben. Auch bei der Langzeitpflege werde sich etwas tun. In Summe entlaste man die Gemeinden bei den Sozialkosten. Diese Entlastung sei maastrichtrelevant und habe damit Auswirkungen auf den Stabilitätspakt. Fachliche Qualität und Tatkraft zeichneten den Stil des neuen Soziallandesrates aus, wofür sie ihm danke. Im Bereich Wohnbau habe zudem ein freiheitlicher Landesrat geschafft, was vor ihm niemand zustande gebracht habe. Das Wohnbaubudget sei bis auf den letzten Cent ausgeschöpft und der Wohnbau in einer wirtschaftlich angespannten Lage stabilisiert worden. Die Wohnbeihilfe bleibe mit einem Budget von € 28 Mio. ein Schutzschirm für jene, die diese Hilfe wirklich benötigten. Gleichzeitig stelle man sicher, dass sie nur jene erhielten, die tatsächlich Anspruch hätten. Man hole die Bundesmittel zu 100 % ab und nutze das Budget voll. Reformen in der Wohnbauförderung hätten bei unveränderter Qualität den durchschnittlichen Fördersatz pro Wohnung deutlich reduziert. 2025 seien etwa 600 geförderte Mietwohnungen zugesichert worden. Diese Bauleistung werde man auch 2026 erreichen. Zudem sei das Mietkaufsegment reaktiviert worden. Diese Möglichkeit des Eigentumserwerbs werde aktuell wieder stark nachgefragt und vielen Haushalten werde hierdurch der Umstieg ins Eigentum ermöglicht. Gleichzeitig entlaste das Budget und steigere die Bauleistung, was in Zeiten wie diesen nicht selbstverständlich sei. Abschließend halte sie fest, dass Salzburg über extrem hohe Standards verfüge. Wer diese erhalten wolle, müsse sagen, dass Qualität etwas koste und nicht immer gratis sein könne. Man sichere diese Qualität mit Verantwortung und nicht mit schnellen Versprechen, die am Ende extrem teuer kämen. Die Landesregierung habe sich die leeren Kassen nicht ausgesucht, könne aber entscheiden, wie sie damit umgehe. Sie entscheide sich dafür, die Zukunft abzusichern, die Gegenwart nicht zu verklären und nicht mit falschen Versprechen Stimmung zu machen.

Klubobmann Abg. Mag. Mayer führt aus, dass ihm die letzten Tage und Wochen klarmacht hätten, dass mit keiner sachlichen Debatte zum Landesvoranschlag 2026 zu rechnen sei. Er wolle deswegen den Landesvoranschlag auf Basis von Fakten und Zahlen erläutern und die Alternativlosigkeit der Vorgangsweise auf Grundlage von Fakten darlegen. Die derzeitige parteipolitische Agitation bereite ihm Sorge, weil sie dem Salzburger Klima krass widerspreche und tatsächlich bedenklich sei. Aufgabe der Sozialpartnerschaft sei es, Brücken zu bauen und Lösungen zu finden, nicht jedoch aus parteipolitischem Kalkül faktenwidrig und mit Unwahrheiten Brücken einzureißen und das Klima zu vergiften. Er werde erläutern, was es bedeute, wenn man nicht mit aller Kraft und zugleich mit Augenmaß versuche, das Landesbudget in Ordnung zu halten. Er wende sich direkt an die Betroffenen, an die Salzburgerinnen und Salzburger, die sicherlich nicht mit allem einverstanden seien, was in diesem Budget beschlossen werde. Es handle sich, wie mehrfach angesprochen, um ein Sparbudget. Die Salzburgerinnen und Salzburger hätten ein feines Gespür dafür, was notwendig sei. Sie verstünden auch, was es bedeute, wenn man Kindern und Enkelkindern ein finanzielles Chaos hinterlasse und sie wüssten, dass man sich nicht auf Kosten künftiger

Generationen seiner Verantwortung entziehen könne. So denke jede Familie, jeder seriöse Unternehmer und jeder Bauer in Salzburg. Gerade die ältere Generation wünsche sich eine gute Ausgangsposition für ihre Kinder und Enkelkinder. Gleichzeitig forderten die jungen Menschen dies auch zu Recht ein. Die Salzburgerinnen und Salzburger wüssten, dass künftige Generationen die Zinsen für heutige Ausgaben begleichen müssten. Wer seine Ausgaben nicht kontrolliere, werde von seinen Ausgaben kontrolliert. Vor diesem Hintergrund stelle er in der heutigen Debatte die Frage, ob man die Kontrolle über das Budget aufrechterhalten oder den Kontrollverlust billigend in Kauf nehmen wolle. Hierin unterschieden sich Regierung und Opposition, wie man gesehen habe. Es sei sicher der bequemere Weg, sich mit der Rolle des Passagiers auf dem Weg in die Handlungsunfähigkeit zufriedenzugeben. Die ÖVP wolle jedoch das Land gestalten und in eine stabile, sichere Zukunft führen. Er sei Landeshauptfrau Mag. Edtstadler dankbar, dass sie nicht den bequemen, sondern den steinigen Weg gehe, da dieser der richtige im Sinne der Generationengerechtigkeit sei. Der Landesvoranschlag sei nicht der Schlusspunkt des politischen Jahres 2025, sondern der Startschuss für die politische Arbeit 2026. Zur finanziellen Lage Salzburgs sei auszuführen, dass im Voranschlag 2026 ein Ergebnishaushalt mit Erträgen/Einzahlungen von € 3,835 Mrd. und Aufwendungen/Auszahlungen von € 4,136 Mrd. vorliege. Das Nettoergebnis betrage minus € 301 Mio. Im Finanzierungshaushalt habe man mit € 59.300,-- ein knapp positives Nettoergebnis. Dies entspreche in etwa der freien Finanzspitze einer Kleingemeinde. Die Netto-Neuverschuldung sei mit € 386 Mio. veranschlagt. Im laufenden Vollzug strebe man eine Reduzierung auf unter € 350 Mio. an, wozu es der Anstrengungen aller bedürfe. Der Salzburger Konsolidierungspfad, der bis zum Jahr 2030 das Herunterfahren der Neuverschuldung auf Null vorsehe, werde fortgesetzt. Ende 2026 werde man wohl bei einem Schuldenstand von € 2,46 Mrd. bis € 2,47 Mrd. liegen. Er wolle nun drei Aspekte zum Schuldenstand erläutern, um die Realitätsverweigerung im Hohen Haus etwas zu bekämpfen: Erstens habe man 2021 einen Zinsendienst von € 22 Mio. gehabt. Im Voranschlag 2026 sei dieser Aufwand mit rund € 54 Mio. mehr als verdoppelt. Zweitens werde man bei Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung schon im Jahr 2030 bei einem Zinsendienst von über € 100 Mio. landen. Das würde bedeuten, dass man selbst bei einem ausgeglichenen Budget mit einem Minus von € 100 Mio. starte, da dieser Betrag an die Banken zu überweisen sei. Dabei sei noch nicht eingerechnet, wie sich ein allfällig negatives Rating auf die Refinanzierung des Landes auswirken könne. Ebenso wenig sei eingerechnet, dass sich der Zinsendienst verdoppeln würde, wenn man nur jede zweite Forderung der Opposition umsetzen würde. Das gehe sich schlicht nicht aus. Er stelle daher an die Opposition die ernst gemeinte Frage, woher sie dieses Geld nehmen beziehungsweise wem sie es wegnehmen wolle. Man könne bei Umsetzung aller Wünsche die Standards in Pflege und Gesundheit nicht mehr aufrechterhalten. Im Übrigen gebe man in diesen beiden Bereichen ohnehin schon jeden zweiten Euro des Landesbudgets aus. Die Aussage des SPÖ-Finanzministers im Kurier, dass Länder und Gemeinden sich mehr anstrengen und sparen müssten, sei aus seiner Sicht bemerkenswert, da bei dieser Aufzählung der Bund vergessen worden sei. Bemerkenswert sei auch, dass man vom SPÖ-Finanzminister Sparempfehlungen erhalte, während die SPÖ im Land zu Mehrausgaben verleite und jede Sparanstrengung verurteile. Es

stelle sich auch die Frage, welche Bundesländer gemeint gewesen seien. So werde sich Wien allein 2025 mit € 3,5 Mrd. verschulden, 2026 mit € 2,6 Mrd. Ende 2026 werde Wien über € 20 Mrd. Schulden haben. Die Steiermark liege nächstes Jahr bei minus € 835 Mio., Kärnten bei minus € 430 Mio., alles auf einem viel höheren Ausgangsniveau als in den westlichen Bundesländern Salzburg, Tirol, Vorarlberg. Drittens wolle er ausführen, was passiere, wenn man Budgets nicht stabil halte. Neben dem Verlust der Handlungsfähigkeit und dem Hinterlassen eines Chaos für Kinder und Enkelkinder würde sich dies auch auf die sozialen Systeme auswirken. Ein Vorgeschmack aus dem SPÖ-geführten Wien für den Voranschlag 2026 zeige, wer die Zeche zahle: Mehrbelastungen im öffentlichen Verkehr von € 98 Mio. träfen alle Menschen, besonders Einkommensschwache. Es komme zu Mehrbelastungen beim Parken von € 54 Mio. und zur drastischen Erhöhung von Gebühren. Weiters werde der Wohnbauförderungsbeitrag um € 190 Mio. erhöht. Das treffe Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite und verteuere den Faktor Arbeit, ein gefährliches Spiel. Das sei die einnähmenseitige Budgetkonsolidierung, die diese Landesregierung verhindern wolle. Beim Blick auf Pflege und Gesundheit sei anzumerken, dass Wien bis 2030 eine Reduktion der Spitalsbetten um 500 plane. Gastpatientinnen und -patienten würden in die Warteschleife geschickt, Spitalsneubauten auf den St. Nimmerleinstag verschoben. Das sei Sozialabbau, der soziale Sicherheit und Zusammenhalt gefährde. Der Salzburger Weg sei ein anderer. Man habe kürzlich das Krankenhaus in Oberndorf und das Tauernklinikum gerettet und nicht zugesperrt. Man investiere massiv. Der Regionale Strukturplan Gesundheit sei gestern in Begutachtung gegangen, mit weiteren Planungen, wie man intelligent den hohen Standard aufrechterhalten und das Gesundheitssystem weiterentwickeln könne. Landesrätin Mag.^a Gutschi gebühre Dank für ihren Einsatz, das sei Verantwortung. Wer das Gesundheits- und Pflegesystem langfristig sichern und weiterentwickeln wolle, müsse Maßnahmen setzen. Dafür brauche es Geld. Das Gesundheitsbudget sei daher seit 2018 fast verdoppelt worden. Da er bereits ahne, dass sich die heutige Debatte vor allem um den Pflegebonus drehen werde, wolle er mit Fakten kontern. In zwei Pflegeplattformen habe man massive Verbesserungen für den Pflegeberuf erreicht. 2018 habe das Sozialbudget € 430 Mio. betragen. 2025 seien es € 691 Mio. gewesen, im Voranschlag 2026 komme es erneut zu einer Steigerung auf insgesamt € 698 Mio. Das sei eine Erhöhung um 162 % seit 2018. Es sei bereits ausgeführt worden, dass die Gießkanne kein probates Instrument zur Budgeterstellung sei. Das System des Pflegebonus müsse reformiert werden, da ihm drei Dinge emotionslos attestiert werden müssten. Erstens sei keine langfristige Finanzierung gesichert. Was geschehe, wenn der Pflegebonus des Bundes 2028 auslaufe? Zweitens gebe es keine soziale Treffsicherheit, da kleine Einkommen nicht zielgerichtet entlastet würden. Drittens fehle es an der inhaltlichen Treffsicherheit, da mitunter jene, die am meisten leisteten, nichts bekämen. Das sei weder gerecht noch sozial. Man müsse gemeinsam mit allen Gesprächspartnern eine Lösung finden, um das bisherige System langfristig finanzierbar sowie sozial und inhaltlich treffsicher zu machen. Dies hätten die Landeshauptfrau und ihre Stellvertreterin bereits angekündigt. Dazu brauche es alle Stakeholder aus dem Gesundheits- und Pflegebereich sowie die Gemeinden, die mitzahlten. Das werde sicher stattfinden und zu einer guten Lösung führen. Warum er daran glaube, wolle er mit einem Hinweis auf den 5. November

2025 untermauern. Damals habe man für die mobilen Dienste die Tarifobergrenzen beschlossen. Trotz lautstarker Kritik habe man die Verordnung erlassen und gleichzeitig alle Betroffenen eingeladen, gemeinsam Lösungen zu finden und nötigenfalls in budgetverträglicher Weise nachzubessern. Man habe sich dann auch zusammengesetzt und mit Landesrat Mag. Dr. Fürweger MSc ausgetauscht, sodass unaufgeregt innerhalb weniger Tage eine Lösung gefunden worden sei. Bei Pflege und Kofinanzierung mit den Gemeinden werde es natürlich komplexer, doch auch das werde die Landesregierung schaffen, weil sie Brücken baue und nicht zerstöre. Auch er wolle nochmals betonen, dass es kein Vergnügen sei, ein Sparbudget zu erstellen und dahinter zu stehen. Es nicht zu tun, wäre aber ein Verbrechen an der Zukunft des Landes. Die Salzburger Volkspartei wolle, dass Salzburg wirtschaftlich stark bleibe. Es brauche dazu auch Entbürokratisierung. Wo sei in diesem Bereich das Engagement der Opposition? Man müsse ermöglichen statt verhindern. Es brauche gute Arbeitsplätze, geringe Arbeitslosigkeit und eine stabile Wirtschaft. Es sei immer noch die nachhaltigste Sozialpolitik, wenn man ermögliche, dass Menschen von ihrer Hände Arbeit leben könnten. Man wolle, dass das hohe Niveau in Gesundheit und Pflege erhalten bleibe, dass in Salzburg niemand zurückgelassen werde, der Hilfe brauche und dass Salzburg finanziell stabil und handlungsfähig bleibe. Weil man wolle, dass Salzburg Salzburg bleibe, müsse man Vieles ändern, mit Augenmaß, Mut, Weitblick und vor allem mit Verantwortung, die man wahrnehme. Er sei Landeshauptfrau Mag. Edtstadler dankbar, dass sie diesen mutigen und verantwortungsvollen Weg mit der Regierung gehe und werde ihn aus Überzeugung vollinhaltlich mittragen.

Klubobmann Abg. Dr. Schöppl weist darauf hin, dass gegen Österreich ein EU-Defizitverfahren anhängig sei. Für das Jahr 2026 liege Österreich bei der Wirtschaftsentwicklung unter den Schlusslichtern Europas. Das Wirtschaftswachstum liege weit unter dem EU-Schnitt, während die Inflation nach wie vor im europäischen Spitzenfeld sei. Zugleich drohe ein Budgetdefizit, das erschauern lasse, nämlich 4,9 % des BIP. Es herrsche also Handlungsbedarf. Zugleich wolle er klarstellen, dass weder die Freiheitliche Partei Österreichs noch die Salzburger Landesregierung für dieses Desaster Verantwortung trügen. Einige in Wien sollten sich schämen, dieses fleißige Land in so eine Lage gebracht zu haben. Es gelte nun, die Staatsfinanzen in Ordnung zu bringen. Deshalb habe sich die Landesregierung das Ziel gesetzt, die Neuverschuldung 2026 möglichst auf € 350 Mio. zu drücken, aus Verantwortung für die Zukunft und für künftige Generationen. Man dürfe diesen weder einen Schuldenberg noch einen Scherbenhaufen hinterlassen. Künftige Generationen sollten ein reiches, wohlhabendes Salzburg übernehmen können, in dem finanzieller Spielraum bestehe. Es müsse selbst der Dummste im Land verstanden haben, dass Schulden und Wohlstand auf Dauer nicht miteinander vereinbar seien. Verantwortung für die Zukunft bedeute daher auch, die Neuverschuldung bis 2030 auf null zu drücken. Dazu bedürfe es keiner Zuerufe aus Brüssel oder Wien, das sei Salzburger Verantwortung. Er verweise auf Kärnten als Schuldenkaiser. Dort liege der Schuldenstand bei € 45.000,-- pro Kopf. Auch in Wien sei die Lage desaströs. Dort lägen die Schulden bei rund € 15 Mrd. und das Defizit im laufenden Jahr bei etwa € 2,6 Mrd. Dies seien wahrlich keine Vorbilder. Die Salzburger Antwort sei,

jede Ausgabe streng zu prüfen. Es müsse künftig Treffsicherheit statt Gießkanne gelten. Der Staat müsse sich auf das Notwendige beschränken. Die Zeit des „Koste es, was es wolle“ müsse endgültig vorbei sein. Schlanker Staat, effiziente Verwaltung, verantwortungsvoller Umgang mit Geld, das seien die Zeichen der Zeit. Man sei es den Menschen schuldig, jeden Euro Steuergeld umzudrehen. Es handle sich um sauer verdientes Geld der Menschen, mit dem verantwortungsvoll, respektvoll und mit Hochachtung umzugehen sei. Er weise darauf hin, dass man in Salzburg den Menschen nicht in die Tasche greife, weswegen bei den Ausgaben gespart werden müsse. Österreich sei bereits ein Land mit einer der höchsten Abgabenquoten. Es gelte, die Menschen zu entlasten, nicht zu belasten. In Österreich seien einerseits nicht nur die Steuern, sondern auch die Staatsschulden sehr hoch. Da stimme etwas nicht, da brauche es strukturelle Änderungen, Effizienzgewinne und eben nicht den Griff in die Tasche der Bürger, wie zB in Wien in den Bereichen öffentlicher Verkehr, Parkpickerl, Wasser, Abwasser, Müll, Bäder, Wohnbauförderungsbeitrag etc. Der Salzburger Weg sei jener der Verantwortung, der Entlastung der Menschen und des Bekenntnisses zur Zukunft. Grüne Steckenpferde, grüne Pfründe und Fördergießkannen würden auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt. Doppelgleisigkeiten müssten endlich beseitigt werden und Bildungsscheckangebote ausgebaut. Man lasse niemanden zurück. Es sei zur Kenntnis zu nehmen, dass die Hälfte des Budgets für Gesundheit und Pflege verwendet werde. Pflege, Soziales und Gesundheit blieben im Fokus der Landesregierung, da gerade den Schwächsten in der Gesellschaft geholfen werden müsse. Er verweise hierzu auf das Projekt Bolaring, auf das Projekt für Menschen mit Essstörungen und das Angebot Early Life Care zur Begleitung von Problemschwangerschaften. Dort, wo es notwendig sei, müsse der Staat helfen. Man lasse niemanden zurück, beschränke sich aber auf das Notwendige. Glücklicherweise gebe es in der Demokratie verschiedene Meinungen. Bislang sei er jedoch davon ausgegangen, dass Wahrheit, Fakten und Tatsachen Gegenstand der politischen Diskussion seien. Was jedoch in letzter Zeit an Unwahrheiten und Lügen verbreitet worden sei, um politisches Kleingeld zu machen, schlage dem Fass den Boden aus. Es werde etwa behauptet, der Bund zahle den Pflegebonus aus und das Land streiche das Geld ein. Dies sei falsch. Es gebe ein Pflegefondsgesetz, das in § 3 eine Widmung vorsehe, allerdings - anders als von SPÖ, Gewerkschaften und Arbeiterkammer-Demonstranten behauptet - eine Vielzahl von Betreuungs- und Pflegedienstleistungen vorsehe. Man solle dies endlich zur Kenntnis nehmen und nicht die Unwahrheit verbreiten und Menschen verunsichern. Jeder Cent aus dem Pflegefonds komme der Pflege im Land zugute. Sei man ehrlich und könne das Budget lesen, wisse man darüber hinaus, dass es aktuell sogar mehr sei. Er erinnere außerdem daran, dass der Pflegefonds bis 2028 befristet sei. Man müsse also damit rechnen, zukünftig ohne Pflegefonds auszukommen, weshalb man jetzt die Pflege auf tragfähige Strukturen stellen müsse, um den hohen Standard auch ohne diesen Fonds erhalten zu können. Es gelte zudem, Gerechtigkeit walten zu lassen. Corona sei längst vorbei, ein 15. Gehalt gebe es auch sonst nirgends. Es gelte, mit den Menschen ehrlich umzugehen. Er habe das Pflegefondsgesetz mitgebracht und dürfe zwei Ratschläge hinzufügen. Erstens solle man es studieren, lesen und verstehen, bevor man Unwahrheiten behaupte. Zweitens solle man endlich in der österreichweit desaströsen Finanzlandschaft Vorschläge auf den Tisch

bringen. Weiters sei die Aussage unwahr, Marlene Svazek zahle sich selbst einen Lohnbonus aus. Das sei falsch. Ebenso falsch sei, sie würde sich eine Gehaltserhöhung von 18 % genehmigen. Jeder Abgeordnete wisse, dass man sich in der Politik eine Null-Lohnrunde verordnet habe. Er frage sich, ob es notwendig sei, mit Unwahrheiten und Lügen politisches Kleingeld zu machen, ob man so wenig Argumente habe und so tief gesunken sei, sich auf ein solches Niveau zu begeben. Man solle bei der Wahrheit bleiben und es unterlassen, Menschen persönlich mit Unwahrheiten und Unterstellungen zu diffamieren. Als drittes Beispiel für Unwahrheiten seien Bauprojekte zu nennen. Klubvorsitzender Abg. Dr. Maurer MBA habe in der letzten Aktuellen Stunde gesagt, die Projekte der Landesregierung seien nicht nachvollziehbar, unfair und sozialpolitisch brandgefährlich. Er habe dem entgegnet und richtiggestellt, dass am 15. Juli 2021 die SPÖ, gegen die Stimmen der Freiheitlichen und gegen die Stimmen der Bürgerliste, folgende Kulturprojekte beschlossen habe: Internationale Stiftung Mozarteum (ISM), Das Kino, Festspielhäuser (€ 335 Mio.), Salzburg Museum in der Alten Residenz, Salzburg Museum in der Neuen Residenz, Salzburg Museum, Barockmuseum, Mirabell, Salzburg Museum Sound of Music in Hellbrunn, Landestheater, Mozarteumorchester, Universitätsmuseum, Bachchor, Haus der Natur, Proberäume, freie Kulturszene etc. Das habe die SPÖ beschlossen. Es sei ihr Beschluss und ihr Wort gewesen, diese Projekte auf die Reihe zu bringen. Er verweise auch auf das Landesdienstleistungszentrum, wo die SPÖ im Ausschuss am 5. Februar 2020 mitgestimmt und sogar Forderungen zur Bauausführung gestellt habe. Nun seien diese Projekte für die SPÖ brandgefährlich. Im Gegensatz dazu hätten die Freiheitlichen einige dieser Projekte abgelehnt, würden sich aber zur Rechtsordnung und zur Verantwortung bekennen. Es gebe den Grundsatz, dass einmal geschlossene Verträge einzuhalten seien, unabhängig davon, welche Regierung amtiere. Die Menschen hätten ein Recht auf Vertrauen und Stabilität in einem Land wie Salzburg. Es gebe auch Bundesgesetze, die ihm persönlich nicht gefielen. Gleichwohl halte er sich daran und sie seien im Land umzusetzen. Das sei Verantwortung und Anständigkeit einer Regierung. Die SPÖ hingegen hetze gegen eigene Projekte, die sie selbst initiiert und auf den Weg gebracht habe. Sie wolle diese Projekte, die bereits im Bau befindlich seien, nun einstampfen. Es stelle sich die Frage, ob die SPÖ ernsthaft die Baustelle des Landesdienstleistungszentrums einstellen oder das bereits Geschehene abreißen wolle. Verantwortungsloser gehe es aus seiner Sicht nicht. Klubobmann Abg. Dr. Schöppl verweist darauf, dass er in seiner politischen Vergangenheit die SPÖ anders kennengelernt habe, nämlich mit Handschlagqualität. Nun scheine aus dieser Partei mit Handschlagqualität eine der Lügen geworden zu sein, die nicht einmal ihr eigenes Wort bei Projekten halte. Er frage sich, ob das mit der Änderung des Personals zu tun habe. Offensichtlich werde die SPÖ-Politik aus der Arbeiterkammer gesteuert. Deren Chef sei zu einem Drittel Parteivorsitzender der SPÖ und gebe über € 600.000,- für Inseraten- und Imagekampagnen aus, finanziert durch Pflichtbeiträge von Arbeitern und Angestellten. Von dort komme der neue Wind falscher Behauptungen, sogenannter Fake News, finanziert aus der Kasse der Arbeitnehmerschaft. Er empfehle, über Unvereinbarkeiten politischer Ämter nachzudenken. Der nächste Kammerskandal werde sich wohl in der Salzburger Arbeiterkammer auftun. Die Aufarbeitung treffe allerdings nicht den Salzburger Landtag, denn dazu seien andere Behörden in

Österreich aufgerufen. Die genannten Beispiele zeigten, mit welchen Unwahrheiten, Fake News und Unterstellungen aktuell argumentiert werde. Die Menschen in Salzburg verdienten die Wahrheit. Es müsse aufgezeigt werden, wo Unwahrheit verbreitet, getrickst und mit Lügen versucht werde, politisches Kleingeld zu machen. Davon hebe sich die Landesregierung wohltuend ab, durch ihr Budget und ihre Argumentation gegenüber der oppositionellen Desinformationskampagne. Es gebe Einschnitte, dazu müsse man für die Zukunft des Landes und die nächsten Generationen einstehen. Man habe die verdamnte Pflicht, Kindern und Enkeln ein Salzburg in Wohlstand zu übergeben, keinen Schuldenberg oder Scherbenhaufen. Die Salzburger Landesregierung bekenne sich zu dieser Verantwortung.

Klubvorsitzender Abg. Dr. Maurer MBA beginnt seine Wortmeldung mit einem Dank an alle Bediensteten des Landes und der Gemeinden für ihren täglichen Einsatz im Interesse Salzburgs. Sein besonderer Dank gelte jenen Bediensteten des Landes, die ihre Kompetenz und ihr Know-how bei der Erstellung des Landesvoranschlags eingebracht hätten, insbesondere dem Leiter der Finanzabteilung und dem Leiter des Budgetreferats. Im Hinblick auf die bisherige Gesetzgebungsperiode und den Landesvoranschlag 2026 komme ihm derzeit ein Fußballvergleich naheliegend vor. Die schwarz-blaue Landesregierung habe die erste Halbzeit verkickt und Chancen vertan. Salzburg sei nicht moderner, gerechter und sozialer geworden. Es herrsche eine Koalition der sozialen Kälte und der politischen Ideenlosigkeit. Die FPÖ inszeniere sich gern als soziale Heimatpartei. Das sei ein Märchen, ebenso unglaublich wie das christlich-soziale Selbstbild der ÖVP. Offensichtlich harmonierten beide Parteien gut. Man habe es in den sehr ähnlichen Reden der letzten zwei Stunden gemerkt. Es habe eine klare Verteilung gegeben. Die von der Opposition seien die Bösen. Dem entgegne er, dass Regieren das Rendezvous mit der Realität sei, das müsse die Regierung nun aushalten. Die Regierung harmoniere so gut, weil man sich inhaltlich so nahe sein: kein Herz für Familien und Pflege, keine Vision für leistbares Wohnen und keine Ideen für ein leistbares Leben in Salzburg. Die Teuerung sei in Salzburg besonders hoch. Das zeige sich beim Wohnen, das extrem teuer sei. Eine aktuelle Umfrage habe ergeben, dass die Mieten in Salzburg um 9 % gestiegen seien, österreichweit aber nur um 6 %. Ein Wocheneinkauf sei diesseits der Grenze viel teurer als jenseits, und die Strompreise würden trotz ausfinanzierter Kraftwerke nicht niedriger. Anstatt das Leben leistbarer zu machen, habe man sich in Prestigeprojekten verloren: € 37 Mio. für die Antheringer Au, zudem € 68 Mio. für einen Ableger des Belvedere und € 341 Mio. für das Landesdienstleistungszentrum. Natürlich könne man sagen, das sei schon gebaut und in der Fertigstellung, doch es gehe hier um eine falsche Prioritätensetzung. In diesem Zusammenhang sei auch das Projekt S-LINK zu nennen, viel Geld für nichts. Prioritätensetzung bedeute, das Richtige zu tun und nicht viel Geld hier und dort zu investieren. Ein Beispiel hierfür sei das Biosphärenparkzentrum im Lungau. Hier habe man den Finger in die Wunde gelegt und es sei glücklicherweise verschoben worden. Es gehe auch dort um € 7,8 Mio. Zu der von Landeshauptfrau Mag. Edtstadler in ihrer Rede abgelehnten Erhöhung der Grundsteuer könne er nur entgegnen, dass die WIFO-Ökonomin Margit Schratzenstaller in der ZIB 2 erklärt habe, dass eine Reform der Grundsteuer eine gute Möglichkeit sei, um Gemeinden zu entlasten. Sie habe betont, dass

in diesem Bereich 40 Jahre nichts gemacht worden sei. In Hinblick auf Pflege und Betreuung habe sie den Pflegebonus thematisiert. Salzburg sei das einzige Bundesland, das ihn wegfallen lasse. Das Framing, den Bonus als 15. Gehalt oder Coronabonus darzustellen, sei falsch. Das einschlägige Gesetz heiße Entgelt-Erhöhung-Zweckzuschuss-Gesetz. Schon am Namen könne man den Zweck erkennen, nämlich Entgelte zu erhöhen. In § 1 stehe, die Zweckzuschüsse an die Länder dienten der Erhöhung des Entgelts von Pflege- und Betreuungspersonal, mit dem Ziel einer besseren Bezahlung und der Abdeckung von Zusatzleistungen durch Kompetenzverschiebungen von Pflege- und Betreuungspersonal. Das sei eindeutig. Der Pflegebonus sei kein 15. Gehalt, da er leider nicht dessen Höhe erreiche. Wer am Vortag bei der Demonstration dabei gewesen sei, habe gesehen, wie viele Tausende auf die Straße gegangen seien. Die Stimmung sei aufgeheizt gewesen, weil die Menschen sauer seien, richtig sauer. Er verweise auch auf die 80.000 Unterschriften für die Petition, die am Vortag im Chiemseehof übergeben worden sei. Das zeige klar, wie viele Salzburgerinnen und Salzburger mit dieser ihrer Ansicht nach unsozialen Maßnahme unzufrieden seien. Er empfehle der Landesregierung auf die Menschen zu hören und eine Kehrtwende zu vollziehen, bevor es zu spät sei. Zum Entfall des bereits verhandelten Gehaltspakets für Ärztinnen und Ärzte erklärt er, dass sich hier zeige, wie viel Zusagen der Landesregierung wert seien. Die Valorisierung der Tarifobergrenzen im Sozialbereich sei auf Grundlage eines Initiativantrags, also ohne Begutachtungsverfahren, kurzfristig gesetzlich neu zu regeln, zeige die Scheu der Landesregierung vor Transparenz. Gleichzeitig stelle man sich hin und erkläre, man habe bei den Sozialen Diensten ein bisschen etwas gemacht. Das Kilometergeld sei auf 50 Cent angepasst worden. Das sei zwar überfällig gewesen, aber mitnichten ausreichend. Die wenigen Anpassungen bei den Sozialen Diensten im Ausmaß von € 1,3 Mio. seien den Aufwand nicht wert. Die angekündigten Einsparungen erhöhten den Druck auf die Träger. Es gebe bereits Stellenanzeigen, insbesondere betreffend grenznahe Regionen, in denen Oberösterreich damit werbe, dass dort der Pflegebonus weiter gewährt werde. Die Behauptung, dort verdiene man in der Pflege weniger, sei ebenfalls eine Mär. Aus diesem Grund werde die SPÖ später einen Entschließungsantrag einbringen, der die Rücknahme der Streichung des Pflegebonus, die Valorisierung der Personalkosten im Tarifanpassungsgesetz zumindest in Höhe der Inflation und die Umsetzung des der SALK zugesagten Gehaltspakets, Stichwort Verträge sind einzuhalten, fordere. Eine weitere Forderung sei die drastische Reduzierung der Wartezeiten in den SALK-Häusern. Es gebe dort teilweise Wartezeiten auf Operationen bis zum Jahr 2027. Er wisse vom Fall einer Schmerzpatientin, die € 10.000,-- für eine Operation bezahlt habe, sonst hätte sie eineinhalb Jahre auf den Eingriff warten müssen. Man habe ihr lapidar gesagt, sie solle halt bis dahin Schmerzmittel nehmen. Das sei die bittere Wahrheit und ein Ausdruck sozialer Kälte. Zum Thema Kinderbetreuung rufe er in Erinnerung, dass der Elternbeitragsersatz für die Betreuung der Kleinsten gestrichen werde. Man habe die Maßnahme zwar nun auf den Herbst verschoben und sich dafür gefeiert, die Folgen seien jedoch klar: Insgesamt € 570.000,-- Mehrbelastung für Familien 2026 und € 1,7 Mio. im Jahr 2027, da die Gemeinden bereits erklärt hätten, dass sie das nicht abfedern könnten. Das angekündigte Gemeindepaket werde sich auch nicht ausgehen. Die Landesregierung habe selbst gesagt, man müsse sparen und es sei

nicht genug Geld da. Sparen an sich sei nicht das Problem, das Wo sei das Problem. Private Einrichtungen verlören € 360.000,--, die Gemeinden € 1,3 Mio. Er verweise darauf, dass schon im Jahr 2014 die Elternbeitragsersätze gestrichen worden seien und man dies mit sozialer Treffsicherheit gerechtfertigt habe. Eine kleine Grauslichkeit sei auch die Einsparung von Mitteln für die Beförderung von Kindergartenkindern. Natürlich könne man sagen, es gehe nur um € 570.000,--. Er halte das aber für den falschen Weg und dürfe aus der Zusage einer Bürgerin zitieren: „Wer bei den Kleinsten spart, gefährdet die Zukunft unseres Landes. Familien sind das Fundament unserer Gesellschaft. Sie verdienen Unterstützung, nicht zusätzliche Hürden.“ Weiters geht Klubvorsitzender Abg. Dr. Maurer MBA auf die Situation der Gemeinden in Salzburg ein. Die Gemeinden seien die Keimzellen der heimischen Politik. Dazu dürfe er Gemeindeverbandspräsident Sampl zitieren: „Das ist keine Jammerlei, es brennt finanziell.“ Wie reagiere die Landesregierung auf die Situation? Sie verschiebe zunehmend finanzielle Verantwortung auf die Gemeinden, etwa bei der Finanzierung der Seniorenwohnheime. In § 17 in Verbindung mit § 40 des Salzburger Sozialhilfegesetzes sei die 50:50-Aufteilung klar geregelt. Die Praxis sei davon weit entfernt, da eine Unterdeckung der Tarife bestehe. Selbst der Salzburger Gemeindeverband, den man sicher nicht als SPÖ-nahe bezeichnen könne, fordere die Erhöhung der Tarifobergrenzen. Passiere das nicht, werde es künftig mehr Ausgleichsgemeinden geben. Aus seiner Sicht sei diese Vorgangsweise der Landesregierung kurzsichtig, denn die Ausgleichsgemeinden müssten erst recht wieder vom Land finanziell unterstützt werden. Zum Thema Wohnen habe Landeshauptfrau-Stellvertreterin Svazek BA erklärt, es laufe so super und mit Landesrat Mag. (FH) Zauner MA sei alles gut erledigt. Er hingegen bezeichne die aktuellen Zahlen als die bittere Wohnbauwahrheit. Die Auszahlungen der Wohnbauförderung lägen um € 12,7 Mio. unter dem Voranschlag für 2025, der schon geringer gewesen sei als 2024. Zur Anzahl der Förderfälle gebe es gar keine Aussagen mehr. Erneut verweise er auf die Mieten in Salzburg, die durchschnittlich um 9 % gestiegen seien, österreichweit um 6 %. Für geförderte Mietwohnungen seien € 78,5 Mio. im Budget veranschlagt, also um € 11,8 Mio. weniger als bisher. Gehe man von einem Sinken der Förderhöhe von € 102.000,-- auf € 50.000,-- je Wohneinheit gemäß Wohnbauförderungsgesetz 2025 aus, ließe sich aufgrund dieses Budgetansatzes die Förderung von lediglich rund 500 Mietwohnungen darstellen. Das sei die Hälfte dessen, was man tatsächlich bräuchte, nämlich gut 1.000. Zudem seien im Zeitraum 2018 bis 2024 die fehlenden 2.000 Mietwohnungen nicht gebaut worden. Zur Sanierungsförderung sei festzustellen, dass diese mit € 13,2 Mio. angesetzt sei, was einer Kürzung um € 5 Mio. entspreche. Aus dem Wohnbauförderungsbeitrag würden wieder erhebliche Mittel abgezogen, konkret € 59,3 Mio. Man habe auch keine Zweckbindung dafür, was die SPÖ jedoch seit Langem fordere. Mit diesen € 59,3 Mio. würden Budgetlöcher gestopft. Das traurige Resümee laute, der Traum von billigem Wohnen bleibe ein Luftschloss. Zu den Schulden des Landes stellt Klubvorsitzender Abg. Dr. Maurer MBA fest, dass er es spannend finde, wenn man erkläre, man müsse € 400 Mio. neue Schulden machen, löse dabei aber die Hauptprobleme des Landes, Wohnen, Pflege und Gesundheit nicht. Landesrat Mag. Dr. Fürweger MSc etwa lasse sich dafür feiern, dass in Seniorenheimen nur mehr 300 Betten gesperrt seien. Da habe jemand die Bedeutung von sozialer Verantwortung wohl nicht

verstanden. Der Heizkostenzuschuss sei von € 600,-- auf € 250,-- reduziert worden. Hierzu verweise er auf eine Aussage der früheren finnischen Ministerpräsidentin Marin, wonach sich die Stärke einer Gesellschaft nicht am Vermögen der Reichsten messe, sondern daran, wie gut sie mit den Verletzlichsten ihrer Mitbürger umgehe. Überlastete Pflegekräfte und überforderte Familien, das sei die bittere Wahrheit in Salzburg! Klubvorsitzender Abg. Dr. Maurer MBA erklärt, Salzburg sei derzeit mit einem Haus zu vergleichen, in dem die Heizung kaputt sei, das Dach undicht werde und die Kinderzimmer kalt blieben. Die Landesregierung investiere lieber in Fassade und teure Dekoration. Mit Prestigeprojekten könne man kein Land zusammenhalten. Man halte es nur zusammen, indem man die Räume wärme, in denen die Menschen lebten. Es brauche leistbares Wohnen, sichere Pflege, gute Bildung und Kinderbetreuung sowie starke Gemeinden. Die SPÖ werde nicht zulassen, dass dieses Haus weiter auskühle. Sie stehe für ein Salzburg, das wieder Wärme, Halt und Zukunft gebe. Dieses Land verdiene Mut, Menschlichkeit und eine Politik, die Zukunft baue, nicht abreiße. Daher sage die SPÖ klar Nein zu diesem aus ihrer Sicht unsozialen Budget.

Klubobfrau Abg. Hangöbl BEd sagt, dass die KPÖ PLUS einige Punkte zum Landesvorschlag anzumerken habe. Man habe bisher vor allem zwei Dinge gehört. Zum einen sei dies gewesen, dass es keine Alternative gebe und man bei den Kürzungen bleiben müsse. Zum anderen sei ausgeführt worden, es gebe zwar sehr viele Einnahmen, aber noch viel mehr Ausgaben. Ihrer Ansicht nach liege hier ein großes Problem vor und dieses Problem heiße Inflation. Sie habe deshalb als Anschauungsbeispiel eine Packung Penne mitgebracht. Diese koste in einem Supermarkt aktuell € 1,38 für ein Kilogramm, vor fünf Jahren habe dieselbe Packung 68 Cent gekostet. Das sei eine Preissteigerung um 103 %. Die Landesregierung würde dies als Erhöhung um 103 % darstellen, so wie sie es auch beim Sozial- und Gesundheitsbudget tue. Aus ihrer Sicht handle es sich dabei um ein Märchen, weil viele der Leistungen, für die sich die Landesregierung feiere, schlicht Pflichtleistungen seien, die ohnehin zu erbringen seien. Ein weiteres Problem mit der Inflation sei, dass der Staat wesentlich höhere Ausgaben habe, wenn er nichts gegen die Teuerung unternehme. Man weigere sich, Lebensmittelpreise und Mieten zu deckeln und Energiekosten weiter zu begrenzen. Die Landesregierung kürze und sage der Bevölkerung, dass alle den Gürtel enger schnallen müssten. Diese Aussage störe sie besonders, wenn sie von Personen aus der Politik komme, die mit allen erdenklichen Privilegien ausgestattet seien, auch mit dem Privileg eines hohen Gehalts. Dieses könne man sich noch dazu selbst erhöhen und verfüge über Dienstautos, Personal und hohe soziale Absicherung bei Pensionen und Gesundheitsversorgung. All das sei etwas, das aus ihrer Sicht allen Menschen zustehen sollte. Sie ärgere sich darüber, dass gerade diese Menschen bestimmten, bei wem Leistungen gekürzt würden, nämlich bei jenen Menschen, die sich das nicht aussuchen könnten. Sie wolle darüber sprechen, was die Maßnahmen für die Menschen im Land bedeuteten. Sie stelle die Frage, was eine alleinerziehende Mutter denke, wenn sie künftig „nur“ € 40,-- mehr für die Kinderbetreuung zahlen müsse, in einer Zeit, in der Kinderbetreuung in Salzburg alles andere als kostenlos sei. In einem Beitrag von „Salzburg heute“ habe ein Vater erklärt, er zahle monatlich bereits € 400,-- für einen Kinderbetreuungsplatz. Nun werde auch noch der ohnehin zu

geringe Kostenersatz von € 40,-- gestrichen. Das seien nicht einmal 10 % dessen, was er bezahle. Ebenso frage sie sich, was die 15.000 Menschen in der Pflege dächten, denen der Pflegebonus gestrichen werde. Hier im Haus werde versucht, zum Vergleich nur die Gehälter hochqualifizierter Pflegekräfte als Maßstab heranzuziehen, den Pflegebonus als Pandemiebonus oder als 15. Gehalt zu framen. Man wisse jedoch, wie notwendig in der Pflege eine ausreichende Finanzierung und eine angemessene, wertschätzende Entlohnung sei. Besonders hervorzuheben sei die Lage hunderter Familien, von Alleinerzieher:innen und Mindestpensionist:innen, die in Salzburg eine geförderte Mietwohnung suchten. Im Budget seien insgesamt € 10 Mio. mehr für die Eigentumsförderung vorgesehen: für Errichtungsförderung, Kaufförderung und Mietkauf. Das sei eine Unterstützung für Menschen, die diese nicht so dringend bräuchten. Es handle sich um keine absolute Notwendigkeit. Gleichzeitig fänden viele Menschen weiterhin keine leistbare Wohnung und bei geförderten Mietwohnungen würden Millionen gestrichen. Man könne dies an den Zahlen ablesen: Man spare € 3,4 Mio. bei der Kinderbetreuung, € 13 Mio. bei der Wohnbeihilfe und im Mietwohnbau. Man spare weiters € 10 Mio. durch den Wegfall des Pflegebonus. Aufgabe der Politik sei es aber, diese Zahlen zu übersetzen, was das für Menschen im Land bedeute, die nicht am Monatsende hunderte Euro übrig hätten und überlegen könnten, wie sie das Geld investierten. Sie habe darüber mit vielen Menschen in ihren Sprechstunden gesprochen. Eine Alleinerzieherin aus dem Flachgau habe ihr in der Vorwoche erklärt, sie habe um Hilfe für einen Zuschuss zur Nachmittagsbetreuung in einer Flachgauer Volksschule gebeten. Sie sei dort eine der wenigen Alleinerzieherinnen und strukturelle Unterstützung gebe es kaum. Zugleich habe sie erklärt, wie wichtig die € 40,-- Zuschuss im Kindergarten für sie gewesen seien, weil dies ausschlaggebend dafür gewesen sei, wieder arbeiten zu gehen. Häufig müssten Frauen abwägen, ob sich Arbeit auszahle oder nicht und ob sie den Stress auf sich nähmen, mit den bekannten Folgen schlechterer Pensionen und geringerem Einkommen im Erwerbsleben. Eine Betreuerin aus der Lebenshilfe habe ihr erzählt, dass sie durch Streichung der Fahrtkosten und des Pflegebonus nahezu € 300,-- im Monat verliere. In deren Team hätten von sechs Personen bereits drei aufgehört, weil die Belastung zu hoch und die Entlohnung unattraktiv sei. Diese Betreuerin hoffe nun, Stunden aufstocken zu können, denn sie müsse viele Kolleginnen einlernen und die € 300,-- fehlten massiv im Monat. Sie habe sich gerade getrennt und müsse sehen, ob sie die Wohnung alleine noch halten könne. Allein in der letzten Woche seien drei Frauen zur KPÖ PLUS gekommen, die nun alleinerziehend seien und alles in Bewegung setzten, um mit Zuschüssen, Wohnbeihilfe etc. die Wohnung weiterhin finanzieren zu können. Man wisse auch, dass Menschen ewig auf geförderte Mietwohnungen warteten, auch am Land. Mittlerweile sagten selbst Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, es brauche viel mehr geförderte Mietwohnungen. Über die Eigentumsförderung wolle man hingegen nicht einmal diskutieren, ob sie in dieser Form weitergeführt werden solle. Sie empfehle allen politischen Verantwortungsträgerinnen und -trägern, sich mit Betroffenen zu unterhalten, um zu verstehen, was € 120,-- für manche Menschen bedeuteten. In Österreich werde gesagt, man müsse überall sparen: im Bund, in den Ländern, in den Gemeinden. Kürzungen bedeuteten weniger Leistungen für die Menschen, gleichzeitig gebe es Konzerne, die von der Situation extrem profitierten. Spar habe

im letzten Jahr € 190 Mio. Nettogewinn erzielt, der Rewe-Konzern weltweit € 1 Mrd. Gewinn gemacht. Auch anderen Konzernen gehe es gut. Während man darüber diskutiere, ob man sich Pflegebonus oder Kinderzuschüsse leisten könne, würden Vorschläge für Vermögens- und Erbschaftssteuern vom Tisch gewischt. Sie wisse nicht, wie es die ÖVP schaffe, dass die SPÖ nach einer Koalitionsbildung diese von ihr vor den Wahlen geforderten Steuern wieder zu vergessen. Die diesbezügliche Diskussion sei auf Bundesebene nämlich offenbar vom Tisch. Das sei erstaunlich und für sie unverständlich. Es sei ihr bewusst, dass das Land Salzburg nicht die Kompetenz habe, Vermögens- oder Erbschaftssteuern einzuführen. Die ÖVP habe diese Möglichkeit hingegen. Sie sei seit 1945 in Salzburg in Regierungsverantwortung und seit 1987 auf Bundesebene. Sie finde es spannend, wie sehr sich ehemalige Koalitionspartner zerfetzten, wer was gemacht habe, während die ÖVP daneben sitzen könne, die Hände in den Schoß lege und warte, bis das Spektakel vorüber sei, um dann weiterzumachen wie bisher. Wenn jemand Vermögensungleichheiten beenden und Gerechtigkeit herstellen könne, dann sei das die ÖVP auf Bundesebene. Dort habe sie in ganzer Linie versagt. Die Schere bei der Vermögensverteilung gehe immer weiter auseinander. Auf Landesebene gebe es zumindest die Möglichkeit, für die Gemeinden mehr Einnahmen zu generieren, etwa durch Erhöhung des Infrastrukturbereitstellungsbeitrags, der Grundsteuer, der Leerstandsabgabe und der Zweitwohnsitzabgabe. Letztere müsse unbedingt erhöht und von Ausnahmen bereinigt werden. Dann hätten die Gemeinden auch einen Nutzen, sodass es sich für sie auszahle. Ihr sei wichtig zu betonen, dass man sich offenbar nicht traue, einer gewissen Klientel zu sagen, dass es bei Festspielhäusern nicht die Luxusvariante geben werde oder man die Eigentumsförderung in dieser Form nicht fortführen könne, weil man es sich derzeit nicht leisten könne. Gleichzeitig stelle man sich jedoch hin und erkläre tausenden für die Pflege demonstrierenden Menschen, sie verstünden nicht, was sie forderten. Sie glaube, die Menschen wüssten sehr genau, was am Ende auf ihrem Gehaltszettel stehe. Sie bräuchten auch niemanden, der sie aufhetze, wie in der Debatte behauptet worden sei. Es sei zudem ureigene Aufgabe eines Gewerkschaftsbundes, Menschen zu organisieren und zu mobilisieren. Das sollte allen klar sein. Es handle sich nicht um sozialistische Umtriebe, wie Landeshauptfrau-Stellvertreterin Svazek BA gesagt habe, sondern um Arbeitskampf. Sie hoffe, dass dieser Arbeitskampf weitergehe und sich noch mehr Leute organisierten. Die KPÖ PLUS werde sich in jedem Fall mit den Pflegekräften solidarisch erklären und könne Befürchtungen im Hinblick auf mögliche zukünftige Kürzungen durch die Landesregierung vollkommen nachvollziehen.

Klubobfrau Abg. Mag.^a Berthold MBA betont, dass es auch den GRÜNEN vor allem um die Themen Soziales und Pflege gehe. Der Landesvoranschlag 2026 habe einen Gesamtumfang von 1.345 Seiten. Sie danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die viel Zeit und Herzblut in dessen Erstellung gesteckt hätten. Sie wisse, wie herausfordernd es sei, ein Budget aufzustellen und wie hart Verhandlungen sein könnten. Auf dem Papier lese man Tabellen, Schulden, Konsolidierungsbeiträge und Stabilitätskriterien. Das klinge technisch, distanziert und beinahe kalt. Dahinter stünden jedoch Menschen, Schicksale und viele Fragen, etwa, ob die Pflegekrise befeuert oder positiv gemanagt werde. Im Budget

gehe es auch darum, ob Alltagsarmut vergrößert oder abgebaut werde, ob die Klimakrise ignoriert oder ernst genommen werde, ob Wohnungsnot abgestritten oder gesehen werde, ob Gewaltrisiken erhöht oder gesenkt würden. Ein Landesbudget entscheide über Bildungs-, Lebens- und Zukunftschancen. Das von ÖVP und FPÖ erstellte Budget 2026 entscheide vor allem darüber, ob sich die Menschen das Leben im Land noch leisten könnten. Die aktuellen Daten zeigten, dass Wohnen in Salzburg im Vergleich zum österreichischen Durchschnitt erneut teurer geworden sei. Man habe die Bilder, Emotionen, Betroffenheit und Entschlossenheit der vielen tausenden Menschen der gestrigen Demonstration noch im Kopf. Viele Mitglieder des Landtags seien mit dabei gewesen, als auf der Straße für eine gerechte Pflege und gegen Kürzungen demonstriert worden sei. Sie lehne es entschieden ab, Menschen, die demonstrierten, zu diffamieren. Es gehe um Meinungs- und Demonstrationsfreiheit. Menschen stünden für ihre Rechte ein und andere unterstützten sie. So würden harte Budgetzahlen lebendig und es werde sichtbar, was das schwarz-blaue Kürzungsbudget auslöse, vor allem auf dem Rücken der Frauen. Demonstrierende hätten gesagt, dass es beleidigend sei, wenn überall Gehälter erhöht würden, während ihnen etwas weggenommen werde, man vermisse Respekt. Manche hätten gesagt, wenn ÖVP und FPÖ nicht einlenkten, schaue man sich nach Alternativen um. Außerdem werde man lauter werden und wiederkommen. Diese Stimmen seien wichtig und würden nicht verstummen. Bei der Budgetpräsentation der Regierung sei ein Satz bei ihr hängengeblieben, den Landeshauptfrau-Stellvertreterin Svazek BA mehrfach gesagt habe, nämlich, dass man keine Systeme zerstören wolle. Worum handle es sich jedoch, wenn das erfolgreiche Community-Nurse-Projekt gestoppt und der Pflegebonus gestrichen werde, wenn Sozialtarife nicht ausreichend valorisiert würden oder der Heizkostenzuschuss weiterhin gekürzt bleibe usw. Das System werde zugegebenermaßen nicht von heute auf morgen zerstört, aber es werde porös, löchrig und instabil. Diese Löcher spürten die Menschen täglich. Der Alltag werde schwieriger und belastender, Familien gerieten unter Druck, gesellschaftliche Teilhabe werde erschwert. Das Geld reiche nicht mehr für die Nachmittagsbetreuung, eine neue Winterjacke, einen kleinen Urlaub oder den Kaffeehausbesuch mit Freundinnen. Das sei Alltagsarmut, die leise komme und schambehaftet sei. Genau davon hätten in den letzten Tagen viele Frauenberatungsstellen berichtet, nämlich, dass sich die Belastungen multiplizierten. Vielfachbelastungen wirkten sich auch auf Beziehungen aus und begünstigten insofern häusliche Gewalt. Wenn Landeshauptfrau-Stellvertreterin Svazek BA erkläre, man habe Finanzen geordnet und Leistungen auf Wirkung geprüft, dann frage sie, welche Wirkung gemeint sei. Habe man überprüft, welche Wirkung die Kürzungen bei den Menschen auslösten oder wie Frauen, Alleinerziehende und ältere Menschen betroffen seien. Sie glaube das nicht. Die größten Einschnitte würden zweifellos den Menschen in der Pflege zugemutet mit dem Stopp für Community Nurses, den niedrigeren Sozialtarifanpassungen, dem Aussetzen des SALK-Struktur- und Gehaltspakets, dem Streichen des Pflegebonus. Sie wisse aus der eigenen Familie, wie viel Herzblut, Kompetenz und körperliche Arbeit in der Pflege stecke. Unzählige Frauen und Männer hielten Tag und Nacht die Gesellschaft am Laufen. Diese Kürzungen ließen Tausende nicht kalt, nicht nur bei der Demonstration in der Stadt Salzburg. Sie sei vor kurzem in St. Johann gewesen und habe binnen kurzer Zeit

mehrere Stimmen gehört, die die Kürzungen als Missachtung ihrer fordernden Arbeit schilderten. In diesen Sätzen stecke mehr Wahrheit über das Budget als in Konsolidierungsberichten. Das Land kassiere € 75 Mio. aus dem Pflegefonds des Bundes. Die € 19 Mio., die für die Pflege gewidmet seien, gingen aber nicht an die 15.000 Pflegemitarbeiterinnen und -mitarbeiter, sondern zur Hälfte ins Landesbudget und zur Hälfte in die Gemeindebudgets. Für Community Nurses seien € 1,18 Mio. vorgesehen. Auch dieses Geld werde nicht für die Community Nurses in den Gemeinden verwendet. Durch das Sozialbereich-Tarifanpassungsgesetz presse das Land nochmals € 6,2 Mio. aus der Pflege heraus. In den Erläuterungen stehe schwarz auf weiß, dass der Sozialbereich einen Teil zum Konsolidierungsbedarf des Landes beitrage. Die GRÜNEN hätten aufgezeigt, dass diese Kürzungen das Pflegesystem an den Rand der Funktionsfähigkeit brächten und kippen lassen könnten. Unter diesem Druck sei eine Umgehungslösung gefunden worden und € 1,3 Mio. würden aus dem Pflegefonds verwendet, um die mobile Pflege zu stützen. Ungelöst bleibe aber die Frage, was mit Seniorinnenwohnhäusern, Teilhabeeinrichtungen und der Kinder- und Jugendhilfe passiere. Auch dort greife das Tarifanpassungsgesetz. Beim SALK-Gehaltspaket sei nicht klar, wohin die eingesparten € 10 Mio. nun flössen. Dieser Kurs in der Pflege treffe Frauen am härtesten. Rund 70 % der Bewohner:innen von Seniorinnenwohnhäusern seien Frauen, auch 64 % jener Menschen, die mobile Pflege in Anspruch nähmen, seien Frauen. Angehörigenpflege werde überwiegend von Frauen geleistet, professionelle Pflege sei zu 80 bis 90 % Frauenarbeit. Sie könne die bereits zitierten Zahlen nur wiederholen: Die Einkommen im Pflegebereich lägen in Österreich deutlich unter dem Gesamtdurchschnitt aller Branchen. Das seien die Daten aus dem Einkommensbericht des Rechnungshofes. In Salzburg verdiene man in der Pflege im Schnitt jährlich fast € 900,-- weniger als in anderen Bundesländern. Frauen verdienten wiederum deutlich weniger als Männer. Teilzeitbeschäftigung, oft aufgrund von fehlender Kinderbetreuung notwendig, reduziere das Einkommen zusätzlich. Wer hier kürze, vergrößere bewusst den Gender-Pay-Gap. Hier zu kürzen sei herzlos und unverantwortlich. Man werde daher später einen Entschließungsantrag einbringen, der den Pflegebonus wieder einfordere. Sie erinnere, dass die ÖVP immer von gleichen Chancen für alle Kinder spreche. Sie stelle die Frage, ob dies tatsächlich für alle Kinder gelte, denn die Kürzungen erfassten auch die Kinderbetreuung und der Rotstift setze bei der frühen Bildung an. Sie verwahre sich dagegen, die Elementarpädagogik als Fremdbetreuung zu bezeichnen. Es handle sich um ausgebildete, hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es handle sich um elementare Bildungseinrichtungen. Das Wort passe zwar in eine freiheitliche Ideologie, schüre aber Ressentiments. In Salzburg werde der Ausbau der Betreuung für unter Dreijährige abgebremst. Diese Information stamme aus der Budgetpräsentation von Landeshauptfrau-Stellvertreterin Svazek BA. Die Einsparung von € 1,56 Mio. aus dem Bereich Elternbeitragsersatz an die Gemeinden führe dazu, dass die Gemeinden die Elternbeiträge erhöhen müssten. Das Familienpaket solle 2026 gestrichen werden. Gleichzeitig schöpfe Salzburg Bundesgelder nicht aus, die für Kinderbetreuung reserviert gewesen wären. Wenn nur 38 % der Betreuungseinrichtungen mit ihrem Angebot Vollzeitarbeit für Eltern ermöglichten, bestehe offensichtlicher Handlungsbedarf. Kürzungen raubten Kindern Bildungschancen. Zu guter Kinderbetreuung gehörten auch gut ausgebildete Tageseltern.

Sie weise darauf hin, dass in ihrer Ressortführung das System der Betriebstageseltern geschaffen und ausgebaut worden sei. Sie wisse nicht, worauf die Behauptung gründe, die GRÜNEN lehnten Tageseltern per se ab. Die Kürzungen in der Kinderbetreuung setzten junge Familien, insbesondere Alleinerzieherinnen, unter Druck und drängten Frauen aus Jobs. Das sei keine Familienpolitik, sondern Retropolitik der 1950er-Jahre. Wenn die FPÖ-Chefin Familien lapidar ausrichte, es könne nicht alles gratis sein, sei das angesichts des eigenen Monatsgehalts von über € 18.000,-- vermessen gegenüber Familien, die jeden Cent dreimal umdrehen müssten, um sich Miete, Heizung, Lebensmittel, Kinderbetreuung, Schulausstattung leisten zu können. Wer so rede, zeige vor allem eines, eine fehlende Vorstellung davon, wie sich Armut anfühle. Mieten und Energiekosten stiegen an und belasteten Familien. Sie erinnere daran, dass die Aktion „16 Tage gegen Gewalt“ begonnen habe. Man trage die lilafarbene Schleife und sage „Nein zu Gewalt gegen Frauen und Mädchen“. Der Landtag bemühe sich bei diesem Thema um einstimmige Beschlüsse und das sei gut. Umso mehr überrasche ein Kürzungsbudget, das das Risiko häuslicher Gewalt befeue, weil Kürzungen bei der Einkommensgerechtigkeit Ungleichheit zementierten, Frauenarmut vergrößerten, finanzielle Abhängigkeiten von Partnern verstärkten, Beziehungsdynamiken anheizten und Gewalt begünstigten. Alle Kürzungen, die sich auf das Einkommen von Frauen auswirkten, begünstigten häusliche Gewalt. Als letzten inhaltlichen Punkt wolle sie die Verantwortung für die Zukunft ansprechen. Genau jene Parteien, die von Generationengerechtigkeit sprächen, sparten beim Klimaschutz und der Energiewende - nicht nur im Budget 2026, sondern auch schon 2025. Genau dort gehe es um die Zukunft der Kinder und Kindeskiner. Die Kosten für Klimawandelanpassung stiegen stetig. Der Katastrophenfonds des Landes müsse immer wieder Millionen ausschütten, um Schäden abzufedern, aber hier werde gespart. Sie wolle klarstellen, dass nicht € 500.000,--, sondern € 3,7 Mio. in diesem Bereich gekürzt würden. Die Folge sei, dass die Photovoltaikförderung höchstwahrscheinlich gestoppt werde, ebenso die Speicherförderungen. Die Förderung für Ölkesseltausch werde massiv reduziert und die Fernwärmeoffensive ausgebremst. Die Mittel für die Energieberatung würden gekürzt. Der Masterplan Klima und Energie sei bereits im Vorjahr reduziert worden und werde weiter zusammengestutzt. Das passiere in einer Zeit, in der Energiepreise Inflationstreiber Nummer eins seien. Damit treffe dieses Kürzungsprogramm doppelt. Statt Menschen beim Umstieg auf saubere Energie zu unterstützen, kürze man die nötigen Förderungen zur Senkung von Heiz- und Energiekosten. Schon im laufenden Jahr seien € 780.000,-- eingespart worden, weil Förderungen für Photovoltaik und Speicher wegfielen. Für das nächste Jahr sei geplant, die genannten € 3,7 Mio. zu kürzen. Vor dem Hintergrund des geplanten Elektrizitätswirtschaftsgesetzes - „Günstiger-Strom-Gesetz“ genannt - belaste das Kürzen all jene, die saubere Energie ausbauen wollten. Die Sanierungsförderung werde komplett gestoppt. Thermische Sanierungen seien für Familien damit nicht mehr leistbar. Sie kritisiere die Abwicklung der Sanierungsförderung, weil Familien massiv unter Druck gerieten und lange auf Reaktionen und Auszahlungen warteten. Sie appelliere, dass der zuständige Landesrat hier für Klarheit und Fortgang sorgen möge. Der freie Fall Österreichs im internationalen Klimaschutzranking setze sich auch in Salzburg fort. Während andere Länder erneuerbare Energien unterstützten und massiv ausbauten,

trete Schwarz-Blau auf das Bremspedal. Die Energiewende, die ein wichtiger Faktor im Klimaschutz sei, werde abgebremst. Die Kosten sehe man bereits. In der letzten Sitzung des Katastrophenfonds seien 622 Schadensfälle behandelt worden. Hinter den Fällen stünden Familien, Stress, Druck und Angst. € 2,9 Mio. seien an Beihilfen genehmigt worden. Die Zahl der Erdrutsche steige. Man investiere nicht in Prävention und Klimaschutz, sondern räume Schäden weg. Auf die Frage, nach welchen Kriterien Kürzungen und Priorisierungen vorgenommen worden seien und welche Folgenabschätzungen dem zugrunde lägen, etwa betreffend Auswirkungen auf Männer, Frauen, Junge, Ältere, habe sie keine Antwort erhalten, sondern nur die Replik, dass gespart werden müsse. Die GRÜNEN sähen den Handlungsdruck und könnten Wirtschaftsdaten und Budgetprognosen lesen. Zugleich führe man viele Gespräche mit Menschen in Salzburg und sehe die Auswirkungen der einzelnen Kürzungsmaßnahmen auf Alltag und Zukunftschancen. Sie stelle die Frage, ob Kürzungen in Pflege, Kinderbetreuung und Energiewende Zufall oder politisch gewollt seien. Für sie stelle es sich so dar, dass dies kein Versehen, sondern bewusste politische Entscheidungen gegen soziale Sicherheit sei, wenn gleichzeitig bei Pflegebonus, Community Nurses, Kinderbetreuung und Energieförderung gekürzt werde. Es werde im Alltag der Menschen, vor allem der Frauen, gekürzt. Ein Budget sei nicht nur in Zahlen gegossene Politik, sondern auch ein moralisches Dokument. Es zeige, was einer Regierung wichtig sei und welche Ideologien sie verfolge. Dieses Budget zeige, Pflege sei nicht wichtig, Frauen seien nicht wichtig, Kinder seien nicht wichtig, Energiepreise, Armutsbekämpfung, Energiewende und Klimaschutz seien nicht wichtig. Dieses Budget sei kein Spar-, sondern ein Umverteilungspaket, nämlich von Pflegerinnen, Alleinerziehenden, Mindestpensionistinnen hin zu Budgetlöchern und Betonprojekten. Es zeige auch, dass Oppositionsarbeit wichtiger sei, denn je. Man sei gefordert, sich gegen soziale Kälte und klimapolitischen Rückschritt zu stellen. Man kämpfe für eine Pflege, die Menschen stärke, für Kinderbetreuung, die Familien entlaste und Bildungschancen von Anfang an biete, für eine Energiepolitik, die Kosten senke, statt sie explodieren zu lassen, für Klimaschutz, der das Land schütze, statt es zu gefährden und für eine Frauenpolitik, die Gleichstellung schaffe. Salzburg könne es besser, Salzburg verdiene es besser. Sie werde daher nicht aufhören, sich für gute Lebensqualität für alle Menschen im Land einzusetzen.

Weitere Wortmeldungen in der Generaldebatte kommen von Landesrat Mag. Dr. Fürweger MSc, Klubobmann Abg. Mag. Mayer, Klubobfrau Abg. Mag.^a Berthold MBA, Abg. Mag. Scharfetter, Abg. Ing. Mag. Meisl, Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl, Abg. Berger, Landeshauptfrau-Stellvertreterin Svazek BA, Abg. Mag. Eichinger, Dipl.sc.pol.Univ.Maier BA, Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Abg. Egger-Kranzinger sowie Abg. Dr.ⁱⁿ Dollinger. In der Spezialdebatte werden von den Abgeordneten Fragen zu den einzelnen Haushaltsgruppen gestellt, die durch die anwesenden Regierungsmitglieder und Expertinnen und Experten des Amtes beantwortet werden.

Haushaltsgruppe 0: Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung

Die Haushaltsgruppe 0 wird im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von minus € 381.984.000,-- und im Finanzierungshaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von minus € 495.094.200,-- mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - angenommen.

Haushaltsgruppe 1: Öffentliche Ordnung und Sicherheit

Die Haushaltsgruppe 1 wird im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von minus € 14.002.900,-- und im Finanzierungshaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von minus € 13.980.100,-- mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - angenommen.

Haushaltsgruppe 2: Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft

Abg. Egger-Kranzinger bringt folgenden Entschließungsantrag ein:

Die Salzburger Landesregierung wird aufgefordert, die Kürzungen im Bereich der Kinderbetreuung - im Speziellen den Entfall des finanziellen Zuschusses für Familien (§ 46) - umgehend zurückzunehmen und stattdessen langfristige Maßnahmen zu planen und umzusetzen, welche die Familien entlasten und Gemeinden beim Ausbau von Betreuungsangeboten unterstützen.

Dieser Entschließungsantrag wird mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - abgelehnt.

Abg. Egger-Kranzinger bringt folgenden Entschließungsantrag ein:

Die Salzburger Landesregierung wird aufgefordert, die Streichung der Mittel für die Beförderung der Kindergartenkinder umgehend zurückzunehmen und die Finanzierung der Beförderung der Kindergartenkinder in den Gemeinden zu sichern.

Dieser Entschließungsantrag wird mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - abgelehnt.

Die Haushaltsgruppe 2 wird im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von minus € 238.789.700,-- und im Finanzierungshaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von minus € 232.170.300,-- mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - angenommen.

Haushaltsgruppe 3: Kunst, Kultur und Kultus

Die Haushaltsgruppe 3 wird im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von minus € 73.096.500,-- und im Finanzierungshaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von minus € 87.508.200,-- mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - angenommen.

Haushaltsgruppe 4: Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung

Klubvorsitzender Abg. Dr. Maurer MBA bringt folgenden Entschließungsantrag ein:

Die Salzburger Landesregierung wird aufgefordert, den Heizkostenzuschuss des Landes Salzburg, der ursprünglich € 250,-- betrug und im Zeitraum 2023/2024 auf € 300,-- erhöht wurde - bevor er durch einen zusätzlichen Bundeszuschuss vorübergehend auf insgesamt € 600,-- angehoben wurde -, nun zumindest wieder auf € 300,-- festzusetzen.

Dieser Entschließungsantrag wird mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - abgelehnt.

Klubvorsitzender Abg. Dr. Maurer MBA bringt folgenden Entschließungsantrag ein:

Die Salzburger Landesregierung wird aufgefordert,

1. die Streichung des Pflegebonus zurückzunehmen und die dafür vorgesehenen Bundesgelder auch weiterhin an alle bisher Berechtigten auszusahlen;
2. die Begrenzung der Valorisierung der Personalkosten im Sozial-Tarifanpassungsgesetz zurückzunehmen und dem Landtag bis spätestens 17. Dezember 2025 eine korrigierte Gesetzesvorlage vorzulegen;
3. das der SALK zugesagte Gehaltspaket einzuhalten und somit Abwanderungen zu vermeiden;
4. effektive Maßnahmen zur drastischen Reduzierung der Wartezeiten in allen Kliniken der SALK zu veranlassen;
5. sich klar und verbindlich gegen weitere Leistungsreduktionen sowie gegen eine Ausdünnung der Gesundheits-, Pflege- und auszusprechen.

Dieser Entschließungsantrag wird mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - abgelehnt.

Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl bringt folgenden Entschließungsantrag ein:

Die Landesregierung wird ersucht, den Pflegebonus auch weiterhin an die Pflegepersonen auszusahlen.

Dieser Entschließungsantrag wird mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - abgelehnt.

Die Haushaltsgruppe 4 wird im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von minus € 332.849.600,-- und im Finanzierungshaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von minus € 317.397.100,-- mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - angenommen.

Haushaltsgruppe 5: Gesundheit

Die Haushaltsgruppe 5 wird im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von minus € 618.566.100,-- und im Finanzierungshaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von minus € 614.882.800,-- mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - angenommen.

Haushaltsgruppe 6: Straßen- und Wasserbau, Verkehr

Die Haushaltsgruppe 6 wird im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von minus € 231.246.700,-- und im Finanzierungshaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von minus € 224.668.800,-- mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - angenommen.

Haushaltsgruppe 7: Wirtschaftsförderung

Die Haushaltsgruppe 7 wird im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von minus € 85.037.600,-- und im Finanzierungshaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von minus € 84.964.000,-- mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - angenommen.

Haushaltsgruppe 8: Dienstleistungen

Die Haushaltsgruppe 8 wird im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von plus € 6.318.800,-- und im Finanzierungshaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von plus € 1.574.200,-- mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - angenommen.

Haushaltsgruppe 9: Finanzwirtschaft

Klubvorsitzender Abg. Dr. Maurer MBA bringt folgenden Entschließungsantrag ein:

Die Salzburger Landesregierung wird ersucht, sich bei der Salzburg AG dafür einzusetzen, dass es in Privathaushalten in sozialen Notlagen zu keinen Abschaltungen (Gas, Strom etc.) kommt.

Dieser Entschließungsantrag wird einstimmig angenommen.

Die Haushaltsgruppe 9 wird im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von plus € 1.668.317.200,-- und im Finanzierungshaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von plus € 2.069.150.600,-- mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - angenommen.

Der Vorsitzende lässt sodann über den gesamten Landeshaushalt 2026 abstimmen und eröffnet dafür die Spezialdebatte über das Landeshaushaltsgesetz 2026 - LHG 2026 (Artikel 1 der Regierungsvorlage) und zur Änderung des Allgemeinen Landeshaushaltsgesetz 2018 - ALHG 2018 (Artikel 2 der Regierungsvorlage).

Spezialdebatte zum Landeshaushaltsgesetz 2026, Artikel 1 der Regierungsvorlage:

§ 1 Landesvoranschlag für das Jahr 2026

(1) Der Haushaltsplan (Landesvoranschlag) für das Haushaltsjahr 2026 wird mit folgenden Gesamtbeträgen festgesetzt:

Ergebnishaushalt:

Erträge	€ 3.835.444.600,--
Aufwendungen	€ 4.136.381.700,--

Finanzierungshaushalt:

Einzahlungen	€ 4.518.750.700,--
Auszahlungen	€ 4.518.691.400,--

(2) Die einzelnen Haushaltsansätze, Abschnitte und Gruppen des Finanzierungshaushaltes ergeben sich aus dem Landesvoranschlag, der Bestandteil dieses Gesetzes ist.

§ 1 (Landesvoranschlag für das Jahr 2026) wird mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - angenommen.

§ 2 (Mittelfristige Orientierung der Haushaltsführung)

Gemäß Art 15 Abs 1 des Österreichischen Stabilitätspaktes 2012 wird für die Jahre 2027 bis 2030 folgende, auf der Gliederung des Anhanges 2 zum Österreichischen Stabilitätspakt

2012 basierende rechtlich verbindliche mittelfristige Orientierung der Haushaltsführung festgelegt:

Voranschlagsquerschnitt für das Bundesland Salzburg für die Jahre 2026 bis 2030

	Voranschlag		Finanzvorschau		
	2026	2027	2028	2029	2030
	Summe ohne Quasi-KGs	Summe ohne Quasi-KGs	Summe ohne Quasi- KGs	Summe ohne Quasi- KGs	Summe ohne Quasi- KGs
(in Mio. EUR)					
Mittelaufbringung (Erträge bzw. Einzahlungen und erhaltene Kapitaltransfers)					
10 Einzahlungen aus eigenen Abgaben	220,59	234,27	241,17	247,34	253,68
11 Erträge aus Ertragsanteilen	1.534,96	1.592,65	1.645,45	1.697,24	1.750,25
12 Erträge aus Leistungen, Besitz und wirtschaftl. Tätigkeit	151,11	150,85	150,85	150,85	150,85
13 Erträge aus Veräußerungen und sonstige Erträge	706,27	719,55	733,09	746,91	761,00
14 Nicht finanzierungswirksame operative Erträge					
15 Erträge aus Transfers	1.134,74	1.120,58	1.138,56	1.144,79	1.158,33
16 Finanzerträge	32,81	32,32	31,81	31,34	30,87
17 Erhaltene Kapitaltransfers	6,08	11,18	16,23	13,31	16,18
Summe 1 (Mittelaufbringung bereinigt)	3.786,57	3.861,41	3.957,17	4.031,77	4.121,15
Mittelverwendung (Aufwendungen)					
20 Finanzierungswirksamer Personalaufwand	1.336,82	1.365,50	1.392,71	1.420,46	1.448,77
21 Finanzierungswirksamer Sachaufwand	222,32	213,61	200,61	217,72	220,02
22 Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen, Rückstell.	00,00	00,00	00,00	00,00	00,00
23 Transferaufwand	2.360,79	2.383,21	2.406,45	2.428,60	2.428,80
24 Finanzaufwand	54,78	64,26	76,43	88,27	147,47
29 Summe 2 (Mittelverwendung bereinigt)	3.974,71	4.026,58	4.076,20	4.155,06	4.245,06
Vermögensbildung (Sachanlagevermögen), inkl. Vorräte					
30 Immaterielle Vermögenswerte und Sachanl. (Zug./Ausz.)	188,16	74,68	92,50	80,50	74,85
31 Immaterielle Vermögenswerte und Sachanl. (Abg./Einz.)					
32 Vorräte (Saldo/Auszahlungen)	0,36	0,34	0,34	0,34	0,34
39 Summe 3 (Vermögensbildung bereinigt)	188,51	75,02	92,84	80,83	75,18
49 Saldo					
Überrechnung Quasi-Kapitalgesellschaften (Quasi-KG)	-376,65	-240,18	-211,87	-204,13	-199,09
	-0,68	-2,10	-1,75	-0,60	-0,62
60 FINANZIERUNGSSALDO	-377,33	-242,28	-213,61	-204,73	-199,71

Krankenanstalten (im wirtschaftlichen Eigentum des Landes, unabhängig von ihrer Rechtsform)

	in Mio. EUR				
Verbindlichkeiten am Jahresende:					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber dem Land/der Gemeinde	8,70	8,70	8,70	8,70	8,70
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0,36	0,36	0,36	0,36	0,36
Alle oben nicht erfassten Verbindlichkeiten (einschl. Rückstell.)	571,80	571,80	571,80	571,80	571,80
Summe Verbindlichkeiten	580,86	580,86	580,86	580,86	580,86
Personal:					
Jahresdurchschnitt der Vollbeschäftigungsäquivalente	5.858	5.858	5.858	5.858	5.858

Landesimmobiliengesellschaft

	in EUR				
Verbindlichkeiten am Jahresende:					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	0	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber dem Land/der Gemeinde	0	0	0	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0
Sonstige Verbindlichkeiten	0	0	0	0	0
Summe Verbindlichkeiten	0	0	0	0	0
Personal:					
Jahresdurchschnitt der Vollbeschäftigungsäquivalente	0	0	0	0	0

Die vorstehenden Tabellen stellen eine Grobplanung im Sinne des Art 15 Abs 1 des Österreichischen Stabilitätspaktes 2012 dar, weswegen sich im Einzelfall die jeweiligen Daten nur aus wichtigen Gründen (§ 5 Abs 3 des Allgemeinen Landeshaushaltsgesetzes 2018) ändern können.

§ 2 (Mittelfristige Orientierung der Haushaltsführung) wird mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - angenommen.

§ 3 (Haftungsobergrenzen)

Gemäß den §§ 31 Abs 2 und § 45 Abs 8 ALHG 2018 werden für die Jahre 2026 bis 2030 die folgenden zulässigen Haftungsobergrenzen festgelegt (Beträge in Mio Euro):

	Ausgangswert für 2026	Schätzwert für 2027	Schätzwert für 2028	Schätzwert für 2029	Schätzwert für 2030
Einzahlungen Abschnitte 92 und 93 im zweitvoran- gegangenen Jahr	1.533,4	1.564,4	1.631,5	1.698,5	1.753,2
Haftungsobergrenze (=175% davon)	2.683,5	2.737,7	2.855,1	2.972,4	3.068,1

§ 3 (Haftungsobergrenzen) wird mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - angenommen.

§ 4 (Ermächtigung der Landesregierung zur Vornahme von Umschuldungen und vorzeitigen Tilgungen)

Die Landesregierung wird ermächtigt, wenn dies aus Gründen der Risikoreduktion (Kredit-, Markt- oder Reputationsrisiko) für das Land oder aus Gründen besonders günstiger vorzeitiger Rückzahlungskonditionen für das Land vorteilhaft ist, Umschuldungen und vorzeitige Tilgungen vorzunehmen, indem Finanzschulden vorzeitig zurückgezahlt werden dürfen, sofern die dadurch gleichzeitig erforderlich werdende Darlehensneuaufnahme niedriger oder jedenfalls nicht höher ist als das Tilgungsausmaß (Kapital, Zinsen, Gebühren) der vorzeitigen Rückzahlung oder gar keine Darlehensneuaufnahme erforderlich ist. Wenn die vorgenannten Bedingungen eingehalten werden, dürfen die Darlehensaufnahmeermächtigungen und das Tilgungsausmaß beim Haushaltsansatz 95000 (Schuldenmanagement) in diesem Ausmaß überschritten werden. Eine Erhöhung des Schuldenstandes des Landes ist in diesem Zusammenhang unzulässig. Außerdem ist darauf Bedacht zu nehmen, dass sich durch solche Umschuldungen insgesamt gesehen keine substanziellen Verlängerungen der Laufzeiten der Finanzschulden des Landes ergeben.

§ 4 (Ermächtigung der Landesregierung zur Vornahme von Umschuldungen und vorzeitigen Tilgungen) wird mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - angenommen.

§ 5 (In- und Außerkrafttreten)

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Jänner 2026 in Kraft und verliert mit Ausnahme der §§ 2 und 3 mit Ablauf des 31. Dezember 2026 seine Wirksamkeit.

(2) Die §§ 2 und 3 treten erst nach Maßgabe des Inkrafttretens einer neuen rechtlich verbindlichen mittelfristigen Orientierung der Haushaltsführung bzw Festlegung der Haftungsgrenzen außer Kraft.

§ 5 (In- und Außerkrafttreten) wird mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - angenommen.

LANDESVORANSCHLAG 2026

Mittelverwendungs- und -aufbringungsgruppen auf erster Ebene für den Gesamthaushalt

Ergebnisvoranschlag für den Gesamthaushalt

(in EUR)		
MVAG	Bezeichnung	LVA 2026
Erträge		
211	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit	2.649.798.600
212	Erträge aus Transfers	1.137.312.300
213	Finanzerträge	48.333.700
21	Summe Erträge	3.835.444.600
Aufwendungen		
221	Personalaufwand	1.339.839.400
222	Sachaufwand (ohne Transferaufwand)	323.238.500
223	Transferaufwand (lauf. Transfers u. Kapitaltransfers)	2.386.885.000
224	Finanzaufwand	86.418.800
22	Summe Aufwendungen	4.136.381.700
Nettoergebnis (21 - 22)		-300.937.100
230 Zuweisungen und Entnahmen von Haushaltsrücklagen		
Nettoerg. nach Zuw. und Entn. v. HaushaltsRL		
(Saldo 0+/-230)		-300.937.100

Finanzierungsvoranschlag für den Gesamthaushalt

Ebene Bereichs-/Globalbudgets (MVAG-Ebene 1)

(in EUR)

MVAG	Bezeichnung	LVA 2026
------	-------------	----------

Operative Gebarung

Einzahlungen

311	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	2.620.303.000
312	Einzahlungen aus Transfers (ohne Kapitaltransfers)	1.116.421.700
313	Einzahlungen aus Finanzerträgen	37.412.000
31	Summe Einzahlungen operative Gebarung	3.774.136.700

Auszahlungen

321	Auszahlungen aus Personalaufwand	1.337.652.400
322	Auszahlungen aus Sachaufwand (ohne Transferaufwand)	232.709.700
323	Auszahlungen aus Transfers (ohne Kapitaltransfers)	2.022.868.500
324	Auszahlungen aus Finanzaufwand	61.355.700
32	Summe Auszahlungen operative Gebarung	3.654.586.300

Saldo (1)	Geldfluss aus der op. Gebarung (31 - 32)	119.550.400
-----------	--	-------------

Investive Gebarung

Einzahlungen

331	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	5.127.100
332	Einzahl. a.d. Rückz. v. Darlehen sow. gew. Vorschüssen	82.102.900
333	Einzahlungen aus Kapitaltransfers	6.084.000
33	Summe Einzahlungen investive Gebarung	93.314.000

Auszahlungen

341	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	196.786.100
342	Auszahlungen von gew. Darlehen sowie gew. Vorschüssen	63.938.300
343	Auszahlungen aus Kapitaltransfers	337.919.600
34	Summe Auszahlungen investive Gebarung	598.644.000

Saldo (2)	Geldfluss aus der inv. Gebarung (33 - 34)	-505.330.000
-----------	---	--------------

Saldo (3)	Nettofinanzierungssaldo (Saldo 1 + Saldo 2)	-385.779.600
-----------	---	--------------

Finanzierungstätigkeit

Einzahlungen

351	Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzschulden	651.300.000
352	Einzahl. a.d. Aufnahme v. z. Kassenst. eingeg. Geldverb.	0
353	Einzahl. inf. e. Kap.tausch bei deriv. Fin.instr. mit GG	0
355	Einzahlungen aus dem Abgang von Finanzinstrumenten	0
35	Summe Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	651.300.000

Auszahlungen

361	Auszahlungen aus der Tilgung von Finanzschulden	265.461.100
362	Auszahl. zur Tilgung v.z. Kassenstärk. eingeg. Geldverb.	0
363	Auszahl. inf. e. Kap.tausch b. deriv. Fin.inst. mit GG	0
365	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzinstrumenten	0
36	Summe Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	265.461.100

Saldo (4)	Geldfluss aus der Finanz.tätigkeit (35 - 36)	385.838.900
-----------	--	-------------

Saldo (5) Geldfluss a.d. voranschlagswirk. Geb.

(Saldo 3 + Saldo 4)		59.300
---------------------	--	--------

Spezialdebatte zum Allgemeinen Landeshaushaltsgesetz 2018 - ALHG 2018, Artikel 2 der Regierungsvorlage:

Artikel 2

Das Allgemeine Landeshaushaltsgesetz 2018 - ALHG 2018, LGBL Nr 10/2018, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBL. Nr. 17/2025, wird geändert wie folgt:

1. Im § 14 wird folgende Änderung vorgenommen:

Im Abs 2 wird die Formulierung „der Verordnung“ durch „den Richtlinien“ ersetzt.

2. Im § 17 werden folgende Änderungen vorgenommen:

2.1. Im Abs 4 wird nach dem Wort „dürfen“ die Wortfolge „unbeschadet des Abs 4a“ eingefügt.

2.2. Nach Abs 4 wird angefügt:

„(4a) Abweichend von Abs 4 kann die Landesregierung Auszahlungspositionen, die

1. gemäß der Geschäftsordnung der Salzburger Landesregierung dem für Personalangelegenheiten zuständigen Mitglied der Landesregierung und
2. gemäß der Geschäftseinteilung des Amtes der Salzburger Landesregierung der für Personal zuständigen Dienststelle zugeordnet sind, auch über die Haushaltsgruppe hinweg in dieselbe Deckungsklasse aufnehmen.“

3. Im § 46 wird angefügt:

„(6) Die §§ 14 Abs 2, 17 Abs 4 und 4a sowie 47 Abs 5 in der Fassung des Gesetzes LGBL Nr XX/2026 treten mit 1. Jänner 2026 in Kraft.“

4. Im § 47 werden folgende Änderungen vorgenommen:

Im Absatz 5 wird die Jahreszahl „2025“ durch die Jahreszahl „2026“ ersetzt.

Ziffer 1. wird mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - angenommen.

Ziffer 2. wird mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - angenommen.

Ziffer 3. wird mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - angenommen.

Ziffer 4. wird mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Vorlage der Landesregierung betreffend den Haushaltsplan (Landesvoranschlag) für das Jahr 2026 sowie ein Gesetz, mit dem der Landeshaushalt für das Haushaltsjahr 2026, die mittelfristige Orientierung der Haushaltsführung für die Jahre 2027 bis 2030 und Haftungsobergrenzen festgelegt werden (Landeshaushaltsgesetz 2026 - LHG 2026) und das Allgemeine Landeshaushaltsgesetz 2018 (ALHG 2018) geändert wird, wird mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - angenommen.

Der Finanzausschuss stellt mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Landesvoranschlag für das Jahr 2026 sowie ein Gesetz, mit dem der Landeshaushalt für das Haushaltsjahr 2026, die mittelfristige Orientierung der Haushaltsführung für die Jahre 2027 - 2030 und Haftungsobergrenzen festgelegt werden (Landeshaushaltsgesetz 2026 - LHG 2026) und das Allgemeine Landeshaushaltsgesetz 2018 (ALHG 2018) geändert wird, werden zum Beschluss erhoben.
2. Die Einhaltung der Grundsätze des § 2a des Bundesfinanzierungsgesetzes (BFinG) wird bestätigt.

Salzburg, am 26. November 2025

Der Vorsitzende:

HR Prof. Dr. Schöchtl eh.

Der Berichterstatter:

Mag. Mayer eh.

Beschluss des Salzburger Landtages vom 17. Dezember 2025:

In der Sitzung des Salzburger Landtages wurde folgender ÖVP-Abänderungsantrag eingebracht, welche in der Folge mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - zum Beschluss erhoben wurde:

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Landesvoranschlag für das Jahr 2026 sowie ein Gesetz, mit dem der Landeshaushalt für das Haushaltsjahr 2026, die mittelfristige Orientierung der Haushaltsführung für die Jahre 2027 - 2030 und Haftungsobergrenzen festgelegt werden (Landeshaushaltsgesetz 2026 - LHG 2026) und das Allgemeine Landeshaushaltsgesetz 2018 (ALHG 2018) geändert wird, werden mit folgenden Änderungen zum Beschluss erhoben:

Änderungen in der Vorlage zum Landeshaushaltsgesetz 2026

Die Änderungen betreffen die Stammdaten der Haushaltsansätze und hier konkret die Zuordnung zum politischen Ressort. Zudem sind die Deckungsklassen gem. ALHG 2018 anzupassen. Die Gesamtsummen des LVA 2026 bleiben dadurch unverändert. Daher sind in der Vorlage an den Landtag und im Landeshaushaltsgesetz 2026 (ohne Beilagen) keine Adaptierungen vorzunehmen.

Änderungen im Landesvoranschlag 2026

Der eingereichte LVA 2026 (Druckwerk/pdf) ist daher in den folgenden Abschnitten anzupassen. Von den Änderungen sind die Stammdaten der Haushaltsansätze sowie die Beilage zu den Dienststellen/politischen Ressorts (8.1) und den Deckungsklassen (8.2) betroffen. Daher sind die angeführten Abschnitte/Seiten vollständig zu ersetzen. Da die Änderungen zahlreiche Haushaltsansätze betreffen, wird das gesamte Druckwerk neu zur Verfügung gestellt, auf Austauschblätter wird verzichtet. In diesem Abänderungsantrag findet sich in Beilage 1 eine Liste mit den betroffenen Haushaltsansätzen, in der auch die Veränderungen in Bezug auf das neue zuständige politische Ressort dargestellt sind.

Abschnitt	Bezeichnung	Seite/n
4.	Ergebnis- und Finanzierungsvoranschläge inkl. Erläuterungen je Haushaltsansatz (Detailbudgets)	
	betroffene Ansätze: siehe Beilage	28 - 1271
8.1	Verzeichnis über politische Ressorts und Dienststellen	1338 - 1341
8.2	Verzeichnis über die Deckungsklassen	1342 - 1344

Beilage 1

Aufstellung der Haushaltsansätze, die von der Änderung des politischen Ressorts betroffen sind

Ansatz	Bezeichnung	Abteilung	Referat	Pol. Ressort alt	pol. Ressort Neu
00000	Abgeordnete Sbg LT	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
00002	Förderung LTparteien	Abteilung 8	Abteilung 8	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
00200	LRH - Personal	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
01000	Mitglieder Sbg LReg.	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
02000	Amt Sbg LReg. Pers.	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
02002	BürG./son.amtl. Erf.	Abteilung 8	Referat 8/03	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
02004	LDZ	Abteilung 8	Abteilung 8	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
02007	Verbind. d. BL	Abteilung 8	Abteilung 8	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
02009	Beh.-Einst.G Ausgl.t	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
02010	Versicherungen allg.	Abteilung 8	Referat 8/01	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
02011	Betrl. Gesundheitsm.	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
02013	Berat. Gesund. Konfl	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
02303	Expertisen	Abteilung 8	Abteilung 8	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
02304	Haushaltsref. (SAP)	Abteilung 8	Abteilung 8	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
02307	StB.Leistungen	Abteilung 8	Abteilung 8	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
03000	BH Hallein - Pers.	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
03002	BH SU - Personal	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
03004	BH St. Johann Pers.	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
03006	BH Tamsweg - Pers.	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
03008	BH Z/See - Pers.	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
04501	LVerwG - Pers.	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
04900	Ethikkomm. - Pers.	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
05090	Sonst. Aufsichtstät.	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
05100	Sbg Pat.vertr. Pers.	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
05202	KFZ-Prüfstelle - Per	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
05905	Beitr. n.d. Part.föG	Abteilung 8	Abteilung 8	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
07000	Beitr. Aufg. d. PV	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
08000	Ruhe-/Vers.bez. L.b	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
08001	Ruhe-/Vers.bez. Bgm.	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
09000	DarL./Bez.vor. L.bed	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
09100	Sbg Verwaltungsak.	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
09200	Verb. Mittag. L.bed.	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
09300	Erholungseinr.	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
09400	Gem.pflege/son.Maßn.	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
09401	Employer Branding	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
09900	Sonderbeihilf. L.bed	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
409901	Beh.vertr.person	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
09902	Personalentwicklung	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler

Ansatz	Bezeichnung	Abteilung	Referat	Pol. Ressort alt	pol. Ressort Neu
20001	Bild.dir. - Pers.	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
20502	Ruhe-/Vers.bez. LSR	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
20702	PV LWlehrer	Abteilung 4	Referat 4/11	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	04 - LR Maximilian Aigner
20802	Ruhe-/Vers.bezüge	Abteilung 4	Referat 4/11	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	04 - LR Maximilian Aigner
22002	HT Kuchl Intern. FHS	Abteilung 8	Abteilung 8	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
22003	Schulbetr. LBS - Per	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
22101	Bezüge Lehrer (LWFS)	Abteilung 4	Referat 4/11	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	04 - LR Maximilian Aigner
22102	Bezüge Bed. (LWSF)	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
22103	Schulbetrieb LWFS	Abteilung 4	Referat 4/11	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	04 - LR Maximilian Aigner
24012	Kindergärten - Pers.	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
24901	Kindergartenpädagog.	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
25103	LBSheime - Pers.	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
28901	Sbg Inst. Volkskunde	Abteilung 2	Referat 2/03	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler	04 - LR Maximilian Aigner
28910	Masterplan Sbg 2050	Abteilung 4	Referat 4/04	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	04 - LR Maximilian Aigner
28911	Energieberatung Sbg	Abteilung 4	Referat 4/04	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	04 - LR Maximilian Aigner
31001	I. SA. bild. K. Pers	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
32200	Förd. Blas-/Volksm.	Abteilung 2	Referat 2/03	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler	04 - LR Maximilian Aigner
32500	Salzb. Festspiele	Abteilung 8	Abteilung 8	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
34100	RG Sbg - Pers.	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
34102	MDM/Rup. Pers.	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
34109	Sbg Freilichtm. Pers	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
36000	Beitr. Förd. Reg.M	Abteilung 2	Referat 2/03	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler	04 - LR Maximilian Aigner
36201	Erh. Kunst/Sakralobj	Abteilung 2	Referat 2/03	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler	04 - LR Maximilian Aigner
36202	Bodenaltertümer Erh.	Abteilung 2	Referat 2/03	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler	04 - LR Maximilian Aigner
36203	San. St. Peter	Abteilung 8	Abteilung 8	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
36204	Burgen Schl. - Pers.	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
36300	Ortsbildschutz	Abteilung 2	Referat 2/03	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler	04 - LR Maximilian Aigner
36900	Maßn. Förd. Volksk.	Abteilung 2	Referat 2/03	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler	04 - LR Maximilian Aigner
41203	LZHS - Pers.	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
41204	Konradinum - Pers.	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
41900	Heimopferrentenges.	Abteilung 8	Abteilung 8	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
42603	Quartiere Grundvers.	Abteilung 3	Abteilung 3	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	04 - LR Maximilian Aigner
43101	SPZ Landes Sbg - Per	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
43900	KIJA Pers.	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
44100	Beh. Kat.schäden	Abteilung 4	Referat 4/07	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	04 - LR Maximilian Aigner
45100	Spr.ärzte Ruhe/Vers.	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler

Ansatz	Bezeichnung	Abteilung	Referat	Pol. Ressort alt	pol. Ressort Neu
52000	Nat.park Hohe Tauern	Abteilung 5	Referat 5/07	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	04 - LR Maximilian Aigner
52001	Nationalparkfonds	Abteilung 5	Referat 5/01	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	04 - LR Maximilian Aigner
52007	Beitr. Tierschutz	Abteilung 4	Referat 4/03	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	04 - LR Maximilian Aigner
52800	Einr. Tierkörperbes.	Abteilung 4	Referat 4/03	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	04 - LR Maximilian Aigner
52902	Erhaltung Bodenges.	Abteilung 4	Referat 4/07	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	04 - LR Maximilian Aigner
58000	Fleischuntersuchung	Abteilung 4	Referat 4/03	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	04 - LR Maximilian Aigner
58100	Tiergesundheit	Abteilung 4	Referat 4/03	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	04 - LR Maximilian Aigner
59001	Beitr. KAFinanz.	Abteilung 8	Abteilung 8	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
61000	B.str. A, Verw./Erh.	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
61120	GK/Betr. Erh. Pers.	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
62000	Förd. SWW WV	Abteilung 7	Referat 7/03	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	04 - LR Maximilian Aigner
62100	Förd. SWW Abw.	Abteilung 7	Referat 7/03	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	04 - LR Maximilian Aigner
62901	Gewässerschutz	Abteilung 7	Referat 7/05	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	04 - LR Maximilian Aigner
62902	Wasserwirt. Planung	Abteilung 7	Referat 7/03	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	04 - LR Maximilian Aigner
62903	UVP, Wasser/Energie.	Abteilung 7	Abteilung 7	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	04 - LR Maximilian Aigner
62904	WV Sbg Becken	Abteilung 7	Referat 7/03	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	04 - LR Maximilian Aigner
63001	BF, Pers. KV-Arb.	Abteilung 7	Referat 7/02	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	04 - LR Maximilian Aigner
63100	Interesent.Gewässer	Abteilung 7	Referat 7/02	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	04 - LR Maximilian Aigner
63101	Grundankauf	Abteilung 7	Referat 7/02	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	04 - LR Maximilian Aigner
63300	Beitr. Wildbachverb.	Abteilung 4	Referat 4/02	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	04 - LR Maximilian Aigner
63500	Wasserbauhof	Abteilung 7	Wasserbauhof	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	04 - LR Maximilian Aigner
63501	Wasserbauhof - Pers.	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
71000	Ländl. Verkehrsinf.	Abteilung 4	Referat 4/06	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	04 - LR Maximilian Aigner
71001	Ländl. Str.netz FELS	Abteilung 4	Referat 4/06	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	04 - LR Maximilian Aigner
71200	Agrar. Operationen	Abteilung 4	Referat 4/05	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	04 - LR Maximilian Aigner
71201	Landw. Inv./Almwirt.	Abteilung 4	Referat 4/07	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	04 - LR Maximilian Aigner
71202	Forstliche Maßnahmen	Abteilung 4	Referat 4/02	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	04 - LR Maximilian Aigner
71203	Ländliche Entw.	Abteilung 4	Referat 4/08	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	04 - LR Maximilian Aigner
71900	Sport- u. Naturraum.	Abteilung 4	Referat 4/02	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	04 - LR Maximilian Aigner
74000	Kammer Land-/Forstw.	Abteilung 4	Referat 4/08	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	04 - LR Maximilian Aigner
74001	Landarbeiterkammer	Abteilung 4	Referat 4/08	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	04 - LR Maximilian Aigner
74701	Invasive Arten	Abteilung 4	Referat 4/01	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	04 - LR Maximilian Aigner
74900	Maßn. Land-/Forstw.	Abteilung 4	Referat 4/08	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	04 - LR Maximilian Aigner
75900	Erneuerb. Wärme	Abteilung 4	Referat 4/04	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	04 - LR Maximilian Aigner
75901	Ökoenergiefonds	Abteilung 4	Referat 4/04	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	04 - LR Maximilian Aigner
75902	Impulsp.Energiewende	Abteilung 4	Referat 4/04	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	04 - LR Maximilian Aigner
4275903	erneuerb. Energietr.	Abteilung 4	Referat 4/04	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	04 - LR Maximilian Aigner

Ansatz	Bezeichnung	Abteilung	Referat	Pol. Ressort alt	pol. Ressort Neu
84001	Grundstücke	Abteilung 8	Referat 8/03	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
84900	Son.Lieg.schaf./Geb.	Abteilung 8	Referat 8/03	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
86200	Landwirtschaftsbetr.	Abteilung 4	Referat 4/11	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	04 - LR Maximilian Aigner
86201	Landw. Bet. - Pers.	Landesamtsdirektion	Fachgruppe Personal	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
86700	L.forstgarten Sbg	Abteilung 4	Referat 4/02	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	04 - LR Maximilian Aigner
91000	Geldverk./Kassengeb.	Abteilung 8	Referat 8/02	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
91100	Darl. (sow.n. aufg.)	Abteilung 8	Referat 8/02	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
91300	Wertpapiere	Abteilung 8	Referat 8/02	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
92100	Gem. Landesabgaben	Abteilung 8	Abteilung 8	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
92200	L.abg. mit Zweckw.	Abteilung 8	Abteilung 8	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
92201	L.abg. ohne Zweckw.	Abteilung 8	Abteilung 8	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
92400	VLT-Abgabe	Abteilung 8	Abteilung 8	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
92500	EA gem. Bundesabg.	Abteilung 8	Abteilung 8	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
92501	Spielbankabgabe	Abteilung 8	Abteilung 8	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
93000	Landesumlage	Abteilung 8	Abteilung 8	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
94001	BZ Gde. Ertr./Einz.	Abteilung 8	Abteilung 8	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
94101	Fin.zuw. an Gden	Abteilung 8	Abteilung 8	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
94102	Fin.Zuw. nach FAG	Abteilung 8	Abteilung 8	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
94103	Finanzzuw. §24 FAG	Abteilung 8	Abteilung 8	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
94300	Zuschüsse § 29 FAG	Abteilung 8	Abteilung 8	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
94301	Zukunftsfonds	Abteilung 8	Abteilung 8	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
94400	Beheb. Kat.schäden	Abteilung 8	Abteilung 8	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
94401	Kat.eins.ger.Feuerw.	Abteilung 8	Abteilung 8	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
94402	Invest. Feuerwehren	Abteilung 8	Abteilung 8	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
94501	Zuschüsse des Bundes	Abteilung 8	Abteilung 8	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
95000	Schuldenmanagement	Abteilung 8	Referat 8/02	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
96000	Zahlungsverpfl.	Abteilung 8	Abteilung 8	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
97000	Verstärkungsmittel	Abteilung 8	Abteilung 8	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler
99100	R. n. absetzb. E/A	Abteilung 8	Abteilung 8	04 - LR DI Dr. Josef Schwaiger	01 - LH Mag. Karoline Edtstadler

2. Die Einhaltung der Grundsätze des § 2a des Bundesfinanzierungsgesetzes (BFinG) wird bestätigt.